



**Niederschrift
zur 52. Sitzung
des Rates
am 26.02.2019
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Schusswaffengebrauch im Garten der Nachbarn;
hier: Anfrage eines Einwohners der Friedensstraße
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2018

Eingaben an den Rat
- 3 01 - 16 1716/2018 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW und § 4
Hauptsatzung an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein - Hei-
matpreis -;
hier: Eingabe Nr. 28/2018 vom AfD-Stadtverband Emmerich am
Rhein
- 4 05 - 16 1717/2018 Errichtung eines Lärmschutzes im Bereich des provisorischen
Haltepunkte Elten;
hier: Eingabe Nr. 27 2018 vom SPD-Ortsverein Elten

Vorlagen
- 5 01 - 16 1696/2018/1 Einstellung eines Fördermittelmanagers;
hier: Antrag Nr. XXXVI/2018 der BGE-Ratsfraktion
- 6 01 - 16 1780/2019 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
- 7 02 - 16 1605/2018/1 Wasserversorgungskonzept gem. § 38 Abs. 3 LWG;
hier: Vorstellung und Beschluss des Konzeptes
- 8 06 - 16 1749/2019 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offen-
haltung von Verkaufsstellen
 - am Sonntag, den 7. April 2019 im Zusammenhang mit
den Veranstaltungen 20. Emmericher Autoshow und
2. Drehleiter-Festival,
 - am Sonntag, den 28. Juli 2019 im Zusammenhang mit der
Veranstaltung „Emmerich im Lichterglanz“ und
 - am Sonntag, den 8. September 2019 im Zusammenhang
mit der Veranstaltung „Stadtfest Emmerich“ im Gebiet der
Stadt Emmerich am Rhein

- 9 06 - 16 1774/2019/1 Wohnsituation der Wanderarbeiter;
hier: Eingabe an den Rat Nr. 26/2018
- 10 14 - 16 1778/2019 Beschleunigung Gesamtabschlüsse 2011 - 2017
- 11 02 - 16 1768/2019/1 Sondervermögen strategische Innenstadtentwicklung
Anträge an den Rat
- 12 01 - 16 1787/2019 Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse;
hier: Antrag Nr. X/2019 der CDU-Ratsfraktion
- 13 01 - 16 1796/2019 Resolution des Rates der Stadt Emmerich am Rhein für einen barrierefreien Bahnhof;
hier: Antrag Nr. XVI/2019 der im Rat vertretenden Fraktionen
- 14 02 - 16 1723/2018 Container mit Toilettenanlagen für LKW-Fahrer;
hier: Antrag Nr. L/2018 der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 15 03 - 16 1720/2018 Antrag auf Kauf des Bahnhofsgebäudes durch die Stadt Emmerich und Schaffung eines zweiten Bahnhofszugangs auf der Nordseite;
hier: Antrag Nr. XLIX 2018 der CDU-Ratsfraktion
- 16 04 - 16 1792/2019 Senkung der Kindergartenbeiträge;
hier: Antrag Nr. XIII/2019 der Embrica-Ratsfraktion
- 17 05 - 16 1715/2018 Ausbau Goebelstraße/Gebühren Anlieger;
hier: Antrag Nr. XLV/2018 der SPD-Ratsfraktion
- 18 05 - 16 1718/2018 Rheinpromenade 2.0 - Antrag auf eine Generalüberholung der Rheinpromenade;
hier: Antrag Nr. XLVI 2018 der CDU-Ratsfraktion
- 19 05 - 16 1719/2018 Errichtung eines Parkhauses am Kleinen Wall;
hier: Antrag Nr. XLVII 2018 der CDU-Ratsfraktion
- 20 05 - 16 1721/2018 Errichtung einer ordentlichen Beleuchtung für den Fuß- und Radweg an der Ostermayerstraße sowie Überprüfung der Querung auf Höhe des Elsepaßweges;
hier: Antrag Nr. XLVIII 2018 der CDU-Ratsfraktion
- 21 05 - 16 1734/2019 Großräumige Luftmessung auf dem Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein;
hier: Antrag Nr. IV 2019 der SPD-Ratsfraktion
- 22 05 - 16 1756/2019 Situation der Straßenbeleuchtung überprüfen und verbessern
Bezug: Berichterstattung über die Situation Steinackerweg/Netterdensche Straße;
hier: Antrag Nr. VII/2019 der SPD-Ratsfraktion

- 23 05 - 16 1775/2019 Neubewertung Steintorgelände;
hier: Antrag Nr.IX/2018 der BGE-Ratsfraktion
- 24 05 - 16 1788/2019 Ergänzungsantrag Outdoor Fitness im Rheinpark;
hier: Antrag Nr. XI 2019 der CDU-Ratsfraktion
- 25 05 - 16 1793/2019 Aufstellung von zwei Straßenlaternen gegenüber der St.-Georg-
Grundschule;
hier: Antrag Nr. XIV 2019 der Embrica-Ratsfraktion
- 26 06 - 16 1789/2019 Antrag auf zusätzliche ordnungsbehördliche Kontrollen der
Steinstraße;
hier: Antrag Nr. XII 2019 der CDU-Ratsfraktion
- 27 06 - 16 1794/2019 Sozialbestattungen;
hier: Antrag Nr. XV 2019 der Embrica-Ratsfraktion
- 28 07 - 16 1733/2019 Qualifizierungsoffensive für den Emmericher Arbeitsmarkt;
hier: Antrag Nr. III 2019 der SPD-Fraktion
- 29 13 - 16 1731/2019 Federführung zum Gedenken an den 7. Oktober 1944,
hier: Antrag Nr. I 2019 der SPD-Ratsfraktion
- 30 41 - 16 1732/2019 Förderung von theaterpädagogischen Angeboten;
hier: Antrag Nr. II 2019 der SPD-Ratsfraktion
- 31 70 - 16 1791/2019 Ersatzpflanzungen von Bäumen im gesamten Stadtgebiet Em-
merich;
hier: Antrag Nr. VIII/2019 der SPD-Ratsfraktion

Vorlage

- 32 02 - 16 1776/2019/1 Haushaltssatzung 2019
hier: Beschlussfassung
- 33 Mitteilungen und Anfragen
- 33.1 Gespräch mit der Deutschen Bahn AG;
hier: Mitteilung des Vorsitzenden
- 33.2 Sitzungsfolge Schulplanungskommission und Schulausschuss;
hier: Mitteilung des Vorsitzenden
- 33.3 Sachstandsbericht Neumarkt;
hier: Mitteilung des Vorsitzenden
- 33.4 Tagesordnung im Ratsinformationssystem;;
hier: Anfrage von Mitglied Bartels
- 33.5 Rettungswache;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies
- 33.6 Umbau Barrierefreiheit Theater;
hier: Anfrage von Mitglied Leypoldt

- 33.7 Rodungsarbeiten Stokkumer Brücke/A 3;
hier: Anfrage von Mitglied Gerritschen
- 33.8 Provisorischer Bahnhaltepunkt in Elten;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies
- 33.9 Römerpark und Outlet-Center in den Niederlanden;
hier: Anfrage von Mitglied Tapaß
- 34 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Peter Hinze

Die Mitglieder

Herr Erik Arntzen

Herr Dieter Baars

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Herr Jörn Bartels

Frau Sandra Bongers

Frau Elisabeth Braun

Herr Botho Brouwer

Herr Markus Herbert Elbers

Herr Ludger Gerritschen

Herr Gerhard Gertsen

Herr Albert Jansen

Herr Herbert Kaiser

Herr Holger Klein

bis TOP 32

Herr Christoph Kukulies

Frau Irmgard Kulka

Herr Hans-Guido Langer

Herr Maik Leypoldt

Frau Marianne Lorenz

Herr Jan Ruben Ludwig

ab 17:15 Uhr, während TOP 1

Herr Thomas Meschpowitz

Herr Markus Meyer

Herr Manfred Mölder

Herr Gregor Reintjes

Herr Dr. Matthias Reintjes

Frau Andrea Schaffeld

Frau Sabine Siebers

Herr Joachim Sigmund

Herr Werner Spiegelhoff

Herr Werner Stevens

Herr Udo Tapaß

Frau Elke Trüpschuch

Herr Herbert Ulrich

Entschuldigt fehlen:

Die Mitglieder

Herr Johannes Brink ten
Frau Sultan Seyrek

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs
Herr Ulrich Siebers
Herr Arnfried Barfuß
Herr Jens Bartel
Herr Phillip Bongers
Frau Nadine Bremer
Herr Markus Dahms
Herr Stephan Glapski
Frau Melanie Goertz
Herr Robert Köster
Frau Martina Lebbing
Herr Michael Rozendaal
Herr Tim Terhorst
Frau Marita Evers

Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer

Schriftführerin

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:04 Uhr. Er begrüßt die Damen und Herren des Rates die Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Einwohner.

Besonders begrüßt er die Eheleute Jochen und Karla Kemkes. Herr Kemkes nimmt heute zum letzten Mal als Mitarbeiter der Verwaltung an einer Ratssitzung teil. Er wird zum 28.02.2019 in den Ruhestand verabschiedet. Er bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Kemkes für 42 Jahre Verwaltungszugehörigkeit und für die immer gute Zusammenarbeit. In dieser Zeit habe er entscheidend bei vielen Projekten in der Innenstadt mitgewirkt. Der Vorsitzende übergibt Frau Kemkes einen Blumenstrauß und Herrn Kemkes ein Präsent und wünscht beiden für die vor ihnen liegende Zeit alles Gute.

Herr Kemkes bedankt sich für die freundlichen Worte und in diesem Zusammenhang bei seinen Mitarbeitern aus dem Fachbereich 5 und der Politik für die immer gute Zusammenarbeit. Er wünscht allen Anwesenden eine weitere gute und sachliche Zusammenarbeit und kluge Entscheidungen für die Stadt Emmerich am Rhein.

Im Anschluss an die Würdigung macht Mitglied Sigmund darauf aufmerksam, dass seine Fraktion einen geänderten Beschluss zu Tagesordnungspunkt 5 vorlegen werde.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Schusswaffengebrauch im Garten der Nachbarn; hier. Anfrage eines Einwohners der Friedensstraße

Ein Einwohner der Straße Friedhofstraße teilt der Verwaltung mit, dass kürzlich in einem, an sein Grundstück grenzenden Garten mit Schusswaffen geschossen worden sei. Er habe die örtliche Polizei gerufen, die das auch kontrolliert habe. Nach Abzug der Polizei sei weiter geschossen worden.

Am letzten Wochenende sei es in der Nachbarschaft sehr laut gewesen und es wurde gefeiert.

Unter Hinweis auf den angrenzenden Friedhof halte er ein solches Verhalten für nicht angemessen.

Er habe dieses auch im Mängelmelder der Stadt Emmerich gemeldet und bis auf die automatisierte Rückmeldung bis heute keine Reaktion erhalten.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass diese Meldungen an die zuständigen Fachbereiche weitergeleitet würden und dann eine Antwort hierauf erteilt werden würde.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2018

Mitglied Bongers teilt mit, dass unter Tagesordnungspunkt 18 der Niederschrift vom 18.12.2018 das Abstimmungsergebnis nicht korrekt sei. Dort wurden 60 Gegenstimmen aufgezeigt.

Die Verwaltung sagt eine Korrektur zu.

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

Eingaben an den Rat

3. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW und § 4 Hauptsatzung an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein - Heimatpreis -; hier: Eingabe Nr. 28/2018 vom AfD-Stadtverband Emmerich am Rhein Vorlage: 01 - 16 1716/2018

Mitglied Kukulies stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Schaffeld macht auf ein Programm des Emmericher Geschichtsvereins aufmerksam. Dort würde ein Programm „Heimat und Identität am Niederrhein“ angeboten, welches in hervorragender Art und Weise dieses Thema behandeln würde.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Kulturausschuss

Stimmen dafür 30 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 1

4. **Errichtung eines Lärmschutzes im Bereich des provisorischen Haltepunkte Elten;**
hier: Eingabe Nr. 27 2018 vom SPD-Ortsverein Elten
Vorlage: 05 - 16 1717/2018

Über den gestellten Antrag, nach Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0

Vorlagen

5. **Einstellung eines Fördermittelmanagers;**
hier: Antrag Nr. XXXVII/2018 der BGE-Ratsfraktion
Vorlage: 01 - 16 1696/2018/1

Die Leiterin des Fachbereiches Zentrale Dienste, Frau Lebbing, verweist auf die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss vom 04.12.2018 in der dieser Tagesordnungspunkt nach ausführlicher Diskussion an den Rat verwiesen wurde mit der Bitte, auch die Projekte der Fachbereiche 4 und 7 entsprechend aufzubereiten und diese dem Rat zur Kenntnis zu geben. Die vorliegende Vorlage wurde entsprechend ergänzt. Zusätzlich wurde Kontakt zur NRW.Bank aufgenommen, die die Kommunen bei der Fördermittelrecherche unterstützend zur Seite stehe. Daher schlage die Verwaltung vor, das bisherige Prinzip beizubehalten und künftig, bei Bedarf, das Angebot der NRW.Bank in Anspruch zu nehmen.

Mitglied Sigmund trägt den geänderten Beschlussvorschlag der BGE-Fraktion vor:

„Der Rat beschließt, zum Haushaltsplan eine jährlich fortzuschreibende Fördermittelübersicht mit Darstellung des investiven Projektbezugs aufzustellen und im vierteljährlichen Finanzbericht des Kämmers den jeweiligen Sachstand zu berichten.“

Mitglied Bartels teilt mit, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass die NRW.Bank hilfreich sein könne bei der Beschaffung von Fördermitteln, allerdings sei dies kein pro aktiver Prozess: Die Verwaltung müsse ein Projekt an die NRW.Bank melden, damit die Bank aktiv werden könne und nach Fördermitteln suche. Eigentlich müsse ein Fördermittelmanager Projekte an die Fachbereiche antragen und diese würden dann entsprechend reagieren. Das wäre nach Ansicht seiner Fraktion die richtige Lösung. Daher werde seine Fraktion ihren Antrag auf Einstellung eines Fördermittelmanagers aufrechterhalten.

Mitglied Reintjes hält die Kontaktaufnahme zur NRW.Bank für richtig und auch die Landesregierung habe erkannt, dass die Dienstleistungen der NRW.Bank in Richtung Kommunen noch weiter ausgebaut werden solle, speziell in der Fördermittelvergabe und Management.

Er teile die Aussagen der UWE-Fraktion nicht. Den geänderten Beschlussvorschlag der BGE-Fraktion könne seine Fraktion mittragen.

Auf Nachfrage von Mitglied Siebers teilt Frau Lebbing mit, dass die NRW.Bank nordrhein-westfälische Kommunen betreue und sowohl über regionale, nationale und EU-Förderprogramme informiert wäre.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Sigmund abstimmen.

Der Rat beschließt, zum Haushaltsplan eine jährlich fortzuschreibende Fördermittelübersicht mit Darstellung des investiven Projektbezugs aufzustellen und im vierteljährlichen Finanzbericht des Kämmerers den jeweiligen Sachstand zu berichten.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Nach der Abstimmung lässt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Bartels, einen Fördermittelmanager einzustellen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die Einstellung eines Fördermittelmanagers.

Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 27 Enthaltungen 1

6. Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: 01 - 16 1780/2019

Ergänzend zum Beschlussvorschlag teilt der Vorsitzende mit, dass

- Frau Silke Jelinski, Dechant-Straße 33, 46446 Emmerich am Rhein als sachkundige Bürgerin in den Sozialausschuss nachrückt für Frau Luitwiler,
- Frau Gloria Lueb-Verheyen, Neustadt 9, 46446 Emmerich am Rhein als stellv. sachkundige Bürgerin in den Ausschuss für Stadtentwicklung benannt werde für Herrn Gricksch und
- Frau Petra Geerling, Berfeldweg 16, 46446 Emmerich am Rhein als stellv. sachkundige Bürgerin im Wahlprüfungsausschuss benannt werde für Herrn Lotsch .

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage mit der vorgestellten Ergänzung, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein wählt

- Frau Karlijn Papendorf, Sonderwykstraße 9, 46446 Emmerich am Rhein als sachkundige Bürgerin in den Kulturausschuss,
- Herrn Christopher Papendorf, Sonderwykstraße 9, 46446 Emmerich am Rhein als sachkundigen Bürger in den Sozialausschuss,
- Frau Silke Jelinski, Dechant-Straße 33, 46446 Emmerich am Rhein als sachkundige Bürgerin in den Sozialausschuss,
- Frau Gloria Lueb-Verheyen, Neustadt 9, 46446 Emmerich am Rhein als stellv. sachkundige Bürgerin in den Ausschuss für Stadtentwicklung und
- Frau Petra Geerling, Berfeldweg 16, 46446 Emmerich am Rhein als stellv. sachkundige Bürgerin im Wahlprüfungsausschuss.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**7. Wasserversorgungskonzept gem. § 38 Abs. 3 LWG;
hier: Vorstellung und Beschluss des Konzeptes
Vorlage: 02 - 16 1605/2018/1**

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt das Wasserversorgungskonzept in der vorliegenden überarbeiteten Form.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

8. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen

- am Sonntag, den 7. April 2019 im Zusammenhang mit den Veranstaltungen 20. Emmericher Autoshow und 2. Drehleiter-Festival,
- am Sonntag, den 28. Juli 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Emmerich im Lichterglanz“ und
- am Sonntag, den 8. September 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest Emmerich“ im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein

Vorlage: 06 - 16 1749/2019

Der Vorsitzende lässt über den gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen

- am Sonntag, den 07. April 2019 im Zusammenhang mit den Veranstaltungen 20. Emmericher Autoshow und 2. Drehleiter-Festival,
 - am Sonntag, den 28. Juli 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Emmerich im Lichterglanz“ und
 - am Sonntag, den 08. September 2019 im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Stadtfest Emmerich“
- im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Stimmen dafür 32 Stimmen dagegen 1 Enthaltungen 0

9. **Wohnsituation der Wanderarbeiter; hier: Eingabe an den Rat Nr. 26/2018 Vorlage: 06 - 16 1774/2019/1**

Mitglied Schaffeld erklärt für ihre Fraktion, dass sie den Beschlussvorschlag erweitern wollen. Einig sei ihre Fraktion mit dem vorliegenden Beschluss, dass man den Bürgern die Möglichkeit geben müsse, die Mängel schnellstmöglich zu melden, mit der Verwaltung in Kontakt zu kommen und Gespräche zu führen. Vermutlich hätten viele Kommunen in den Grenzregionen auch diese Probleme und daher bittet die SPD-Fraktion in einen direkten Austausch mit anderen Kommunen über die euregionalen Strukturen in Kontakt zu treten, um sich auszutauschen und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Eventuell hätten andere Kommunen schon bessere Lösungen gefunden als Emmerich.

Ihre Fraktion stimme dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu, obwohl ihrer Meinung nach auf den Punkt 3 verzichtet werden könne und stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag zu erweitern um den Punkt

- Der Rat beauftragt die Verwaltung Gespräche mit Kommunen entlang der deutsch-niederländischen Grenzregion zu führen mit dem Ziel, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um Lösungen zu finden.

Mitglied Bartels teilt mit, dass die UWE-Fraktion eine offene Fraktionssitzung am gestrigen Tages abgehalten habe, um betroffenen Bürgern Gelegenheit zu geben, ihre Sorgen und Probleme darzustellen. Die Bürger erwarten aktive Hilfe von Politik und Verwaltung und von daher stellt seine Fraktion folgende Ergänzung zum Beschlussvorschlag:

4. Zusätzlich sollen die Wanderarbeiter in einer ihrer Muttersprache verfassten Informationsbroschüre über das werte Verständnis in unserer Gesellschaft aufgeklärt werden. So kann Zusammenleben möglich gemacht werden, vor dem Hintergrund des notwendigen Respekts für die Lebensweise und das Eigentum der Mitbürger.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung hierzu auch eine entsprechende Rückkoppelung über durchgeführte Maßnahmen und Problemlösungen.

6. Einen vierteljährlichen Sachstandsbericht zur Wohnsituation sowohl im Haupt- und Finanzausschuss wie auch im Rat abzugeben und diesen Sachstandsbericht jeweils anschließend auf der Web-Seite der Stadt Emmerich zu veröffentlichen.
7. Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwiefern es trotz der Meldepflicht erst nach drei Monaten möglich ist, einen meldeähnlichen Personenstatus über die jeweils temporär wohnenden EU-Ausländer zu erlangen. (Hilfsweise über die vorgeschalteten Arbeitsvermittler.)
8. Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten uns folgende Gesetze und Satzungen anhand geben
 - § 177 BauGB,
 - § 58 BauGB,
 - § 10 WAG NRW,
 - § 6 der städtischen Abfallsatzung,
 - § 117 des OWiG in Bezug auf Lärm,
 - § 36 IfSG und die
 - §§ 12 und 30 der Straßenverkehrsordnung.

Abschließend bittet seine Fraktion zu prüfen, inwiefern die in Münster gemäß Ortsrecht angewandte Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum auch in Emmerich am Rhein umgesetzt und angewandt werden könne.

Mitglied Reintjes stellt den Antrag, gemäß § 19 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Emmerich am Rhein auf Unterbrechung der Sitzung, um sich fraktionell zu beraten, wie mit den gestellten Anträgen umgegangen werden könne.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt gemäß § 19 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Emmerich am Rhein die Sitzung zu unterbrechen.

Stimmen dafür 32 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 1

Nach der Sitzungsunterbrechung von 17:35 Uhr bis 17:44 Uhr stellt Mitglied Kukulies als AfD-Ratsmitglied die positive Zusammenarbeit mit vielen polnischen Mitbewohnern dar. Aufgrund der Vielzahl der jetzigen Wanderarbeiter, die durch zum größten Teil niederländische Firmen hier in Emmerich wohnten, sei er der Auffassung, dass es erforderlich sei, diese Menschen zu unterstützen. Er stellt sich die Unterstützung durch eine befristete Stelle von ca. zwei Jahren eines Streetworkers/ Sozialarbeiters vor, der sich intensiv um diese Menschen, parallel auch um die betroffenen Bürger kümmere. Er stellt den entsprechenden Antrag.

Mitglied Leypoldt ist der Auffassung, dass der vorliegende Beschlussvorschlag der CDU und BGE-Fraktion ergänzt durch den heutigen Antrag der SPD heute auf den Weg gebracht werden solle. Die Ergänzungen der UWE-Fraktion und der schriftliche Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einrichtung einer Wohnraumschutzsatzung seien sicherlich sinnvoll, sollten jedoch umfassend beraten werden und aufgrund der Kurzfristigkeit heute nicht in die Abstimmung einfließen. Er stellt den Antrag hierüber abzustimmen.

Er macht noch darauf aufmerksam, dass die Stadt schon eine Informationsbrochure für ausländische Mitbewohner vorhalte, die an verschiedenen Stellen ausliege.

Mitglied Siebers schließt sich den Erläuterungen von Mitglied Leypoldt an.

Auch Mitglied Jörn Bartels ist der Auffassung, heute so zu verfahren. Ihm sei es wichtig, dass hier auf sachlicher und informativer Ebene weitergearbeitet werde.

Die Mitglieder Dr. Reintjes und Schaffeld schließen sich diesem Antrag an. Die umfangreichen Ergänzungen der UWE-Fraktion, des Mitgliedes Kukulies sowie der schriftliche Antrag der GRÜNEN sollten in der nächsten Sitzung beraten werden. Die Verwaltung könne evtl. schon in einer entsprechenden Vorlage Lösungsvorschläge unterbreiten, so dass nicht erst an den Fachausschuss verwiesen werden müsse.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verdeutlicht, dass er nicht zusagen könne, ob die Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Rates erarbeitet und erstellt werden könne.

Mit diesem Vorgehen erklären sich die Mitglieder des Rates einverstanden.

Mitglied Tapaß gibt zu bedenken, dass der Verwaltung ständig Prüfaufträge aufgebürdet würden, doch kein politischer Entscheidungsträger hinterfrage, ob das personell alles tragbar sei.

Der Vorsitzende lässt nach kurzer Diskussion über die vorliegenden Anträge abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. zeitnah in Emmerich und gemeinsam mit den Ortsvorstehern in den Ortsteilen zur Wohnsituation der Wanderarbeiter Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen sowie durch verstärkte Präsenz rechtzeitig notwendige Hilfestellungen für die Bürger vor Ort zu geben,
2. den Mängelmelder der Stadt um ein Bürgertelefon zu ergänzen, indem die Bürgerschaft Probleme und Anregungen im Hinblick auf Wanderarbeiter melden kann,
3. halbjährlich einen Sachstandsbericht zur Wohnsituation der Wanderarbeiter im Haupt- und Finanzausschuss abzugeben.
4. Gespräche mit Kommunen entlang der deutsch-niederländischen Grenzregion zu führen mit dem Ziel, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um Lösungen zu finden.

Die umfangreichen Ergänzungen der UWE-Fraktion, Mitglied Kukulies sowie der schriftliche Antrag der GRÜNEN sollen in einer der nächsten Sitzungen des Rates beraten werden.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

10. Beschleunigung Gesamtabstchlüsse 2011 - 2017

Vorlage: 14 - 16 1778/2019

Über den gestellten Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

1. Der Rat beschließt die gemäß § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabchlüsse eingeräumte und nunmehr ausgeweitete Verfahrenserleichterung wahrzunehmen und die Gesamtabchlüsse für die Jahre 2011 bis 2017 im beschleunigten Verfahren aufzustellen.
2. Der Rat hebt den Beschluss vom 06.11.2018 hinsichtlich Verweisung an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Gesamtabchlusses 2015 gem. § 116 Abs. 6 GO NRW auf.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**11. Sondervermögen strategische Innenstadtentwicklung
Vorlage: 02 - 16 1768/2019/1**

Mitglied Sigmund teilt mit, dass im Beschlussvorschlag unter Ziffer 7 nicht Maik Leyboldt, sondern Christopher Papendorf als stellv. Mitglied von der BGE benannt werde.

Mitglied Bartels lehnt im Namen seiner Fraktion den Beschlussvorschlag ab, da sie in der willkürlichen Zusammensetzung des Beirates eine Intransparenz sehen, die die Verhältnisse am Ratstisch nicht widerspiegeln.

Mitglied Siebers erklärt, dass auch ihre Fraktion dem Beschluss nicht zustimme, sie schließt sich der Aussage von Mitglied Bartels an. Ihre Fraktion bezweifele, dass das Sondervermögen sich positiv auf die Innenstadt auswirke.

Mitglied Dr. Reintjes stellt klar, dass die wesentlichen Entscheidungen im Rat getroffen würden und die Stadtplanung in den Händen des Rates liege. Die Besetzung des Gremiums bilde die Mehrheitsverhältnisse des Rates ab.

Mitglied Bartels erwidert hierzu, dass der Geschäftsführer der EGE in der gestrigen Fraktionssitzung sich dahingehend geäußert habe, dass der Rat nicht über diese Dinge, sondern der Beirat über den Umfang der Geschäfte entscheide.

Mitglied Kukulies verdeutlicht, dass der Rat die Anzahl der Mitglieder des Beirates bestimmen könne.

Der Vorsitzende teilt noch ergänzend mit, dass als Stellvertreterin für Erik Arntzen Frau Sandra Bongers benannt werde.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt:

1. die Erschließungsgesellschaft Emmerich am Rhein mbH (EGE) wird mit der in der Vorlage beschriebenen Umsetzung der Maßnahmen aus der Strategischen Innenstadtentwicklung beauftragt.
2. Bei der Erschließungsgesellschaft Emmerich am Rhein mbH wird ein Beirat mit sieben Mitgliedern gebildet. Dem Beirat gehören der Bürgermeister und der Erste Beigeordnete der Stadt Emmerich am Rhein sowie fünf vom Rat bestimmte Mitglieder an, deren Amtszeit auf die jeweilige Wahlperiode des Rates begrenzt ist; sie können unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen schriftlich gegenüber dem/r Vorsitzenden ihr Amt niederlegen bzw. können gem. § 113 Abs. 1 GO NRW jederzeit vom Rat abberufen werden.
3. Der Geschäftsführer der Emmericher Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH (EGD) nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Beirates teil.
4. Der Beirat überwacht und berät die Geschäftsführung in wesentlichen Fragen der Geschäftspolitik.
5. Der Beirat entscheidet über
 - die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses,
 - die Bestellung des Wirtschaftsprüfers,
 - die Bestellung von Geschäftsführern und Prokuristen,
 - den Wirtschaftsplan für das jeweilige Geschäftsjahr.
6. Die Geschäftsführung bedarf in folgenden Angelegenheiten der vorherigen Zustimmung des Beirates:
 - Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
 - Entscheidung über die Durchführung von Baumaßnahmen wie Abriss, Neubau oder Sanierung (Baubeschluss),
 - Vergabe von Bauleistungen ab 50.000 €.
7. Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er wählt die/den Vorsitzende/n und ihren/seinen Stellvertreter aus der Mitte der vom Rat benannten Mitglieder.
8. Als Mitglieder und deren Stellvertreter in den Beirat der EGE werden bestimmt:

1. Bürgermeister Hinze, Peter	Stellv.: Stadtkämmerer Siebers, Ulrich
2. Erster Beigeordneter Wachs,	
3. Dr. Stefan	Stellv.: Fachbereichsleiter Bartel, Jens
4. Reintjes, Dr. Matthias	Stellv.: Gricksch, Bert
5. Arntzen, Erik	Stellv.: Bongers, Sandra
6. Mölder, Manfred	Stellv.: Schaffeld, Andrea
7. Ludwig, Jan	Stellv.: Trüpschuch, Elke
8. Sigmund, Joachim	Stellv.: Papendorf, Christopher
9. Der Geschäftsführer der Port Emmerich GmbH wird beauftragt, die zuvor

gefassten Beschlüsse des Rates durch einen entsprechenden Gesellschafterbeschluss herbeizuführen.

10. Die Emmericher Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH (EGD) kann eine Eigenkapitalverstärkung von bis zu 10.000.000,00 EUR erhalten.

Stimmen dafür 27 Stimmen dagegen 6 Enthaltungen 0

Anträge an den Rat

- 12. Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse;
hier: Antrag Nr. X/2019 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 01 - 16 1787/2019**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Schaffeld, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 13. Resolution des Rates der Stadt Emmerich am Rhein für einen barrierefreien Bahnhof;
hier: Antrag Nr. XVI/2019 der im Rat vertretenden Fraktionen
Vorlage: 01 - 16 1796/2019**

Mitglied Dr. Reintjes übergibt dem Vorsitzenden die mit allen Fraktionen abgesprochene Resolution und bittet die Verwaltung die Resolution auf den Weg zu geben.

Die Verwaltung bereitet die Resolution vor und bittet die Fraktionsvorsitzenden diese zu unterzeichnen.

Die Vorsitzende teilt noch mit, dass am 05.03.2019 ein Gespräch mit Vertretern der DB AG in der Verwaltung stattfindet, in dem genau diese Punkte auch angesprochen würden.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt nachfolgende Resolution auf den Weg zu geben:

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein weist mit Nachdruck auf die nunmehr seit Jahren andauernden unhaltbaren Zustände am Bahnhof in Emmerich am Rhein hin. Die nunmehr ausschließlich für den Personenverkehr genutzten Gleise 3 und 4 sind nur durch eine nicht barrierefreie und abgängige Gleisunterführung zu erreichen, die für zahlreiche Reisende nur schwer oder gar nicht passierbar ist. Insbesondere Eltern mit Kinderwagen, Rollator- oder Rollstuhlfahrer sowie Reisende mit schwerem Gepäck beklagen seit Jahren die mangelhafte Gleiszuwegung.

Der Rat der Stadt fordert daher die Deutsche Bahn (DB) auf, die bereits ursprünglich für 2014 zugesicherten Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit des Gleises 3 und 4 zeitnah umzusetzen. Die erneut angekündigte Verzögerung bis in das Jahr 2021 ist nicht akzeptabel und gilt es daher durch schnelles Handeln zu verhindern.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**14. Container mit Toilettenanlagen für LKW-Fahrer;
hier: Antrag Nr. L/2018 der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 02 - 16 1723/2018**

Mitglied Leypoldt akzeptiert die Kenntnisnahme der Verwaltung nicht. Er ist der Auffassung, dass man bei künftigen Ansiedlungen schon zur Bedingung machen könne, dass entsprechende Einrichtungen für LKW-Fahrer zur Verfügung gestellt würden. Er stellt den Antrag, so zu beschließen.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass dies ein Punkt im Kaufvertrag sei, der dann ausgehandelt werden müsse.

Mitglied Schaffeld ist der Ansicht, dass hier nicht nur der Verwaltung diese Aufgabe aufgebürdet werden könne. Zudem habe die Verwaltung hier keine Handlungsmöglichkeit und sei auch nicht zuständig. Jeder Politiker hier am Tisch hätte Kontakte zu Firmen und da könne doch ein Austausch diesbezüglich stattfinden.

Mitglied Dr. Reintjes stimmt dem Vorschlag von Mitglied Schaffeld zu, er kann dem Antrag von Mitglied Leypoldt nicht zustimmen. Das von der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesprochene Problem bestünde und einige Firmen seien hier schon aktiv geworden. Eventuell könne der Bürgermeister bzw. zukünftige Wirtschaftsförderer/in bei Gelegenheit dieses Problem bei den Firmen ansprechen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Leypoldt abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt, bei künftigen Ansiedlungen von Logistikunternehmen in den Kaufvertrag mit aufzunehmen, dass entsprechende Sanitäreinrichtungen für LKW-Fahrer eingerichtet werden müssten.

Stimmen dafür 8 Stimmen dagegen 24 Enthaltungen 1

Somit ist der Antrag abgelehnt und der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 12.02.2019 diesen Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen behandelt und bei 15 Stimmen Dafür, 1 Stimme Dagegen und 3 Enthaltungen nachfolgende Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme der Verwaltung

Die beantragte Bedingung ließe sich nur zivilrechtlich in einem Kaufvertrag aufnehmen. In nächster Zeit sind Grundstücksverkäufe der Stadt an Logistikunternehmen nicht erkennbar.

**15. Antrag auf Kauf des Bahnhofsgebäudes durch die Stadt Emmerich und Schaffung eines zweiten Bahnhofszugangs auf der Nordseite;
hier: Antrag Nr. XLIX 2018 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 03 - 16 1720/2018**

Mitglied Sigmund teilt mit, dass der Erwerb des Bahnhofs in der gegenwärtigen Situation nicht zielführend sei. Zu viele Fragen seien offen, um hier und heute Vorkehrungen zum Erwerb des Bahnhofs zu treffen. Seine Fraktion gehe davon aus, dass dieses Thema zunächst im Beirat EGE aktiv aufgegriffen werde und dort solle es auch vorrangig behandelt werden.

Mitglied Bartels schließt sich den Aussagen von Mitglied Sigmund an.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht deutlich, dass es sich hier um eine Kenntnisnahme handele. Es würde ein möglicher Weg in die Zukunft aufgezeichnet, es müssen jedoch noch viele Fragen beantwortet werden. Diese Kenntnisnahme müsse im Vorfeld zur Beschlussfassung des Haushaltes betrachtet werden. Es würde ein entsprechender Ansatz im Haushalt bereitgestellt, so dass im laufenden Haushaltsjahr Möglichkeiten geschaffen werden könnten. Es ginge lediglich darum eine entsprechende Position im Haushaltsjahr zu haben, um diese dann auch nutzen zu können. Dann würden zu gegebener Zeit entsprechende Vorlagen von der Verwaltung erstellt und die Entscheidung obliege dem Rat.

Nach kurzer Diskussion nimmt der Rat die Stellungnahme zur Kenntnis.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 12.02.2019 folgendes beschlossen hat

Im Rahmen der Studie 2015 zum Bahnhofsumfeld wurden beide Punkte bereits untersucht. Grundsätzlich befürwortet die Verwaltung den Erwerb des Bahnhofes, bis zur Entscheidungsreife sind jedoch im Vorfeld noch zahlreiche Fragestellungen zu klären. Über den Fortgang wird die Verwaltung weiter berichten. Ggf. erforderliche Haushaltsmittel stünden im Gesamtbudget zur Verfügung. Bezüglich des Nordzuganges sind auch wegen der offenen Fragen zum PFA 3.4 derzeit keine Regelungen zu erzielen.

**16. Senkung der Kindergartenbeiträge;
hier: Antrag Nr. XIII/2019 der Embrica-Ratsfraktion
Vorlage: 04 - 16 1792/2019**

Mitglied Schaffeld stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Bartels verweist auf die vor kurzem umfangreiche Diskussion über die Neuausrichtung der Kindergartenbeiträge. Seiner Meinung nach sei zum damaligen Zeitpunkt eine gute Regelung getroffen worden. Diese heute über Bord zu werfen, qualifiziere er als sinnlos
Er stellt den Antrag, den Antrag der Embrica-Fraktion abzulehnen.

Mitglied Schaffeld verweist darauf, dass sich die gesetzlichen Bedingungen zum Kibiz ändern und derzeit im Landtag beraten werden. Daher müssten in Emmerich die Beiträge angepasst und im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

Mitglied Leypoldt schließt sich der Aussage von Mitglied Schaffeld an.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Schaffeld abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Jugendhilfeausschuss.

Stimmen dafür 32 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 1

17. Ausbau Goebelstraße/Gebühren Anlieger; hier: Antrag Nr. XLV/2018 der SPD-Ratsfraktion Vorlage: 05 - 16 1715/2018

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Begründung

Der Ausbau der Goebelstraße befindet sich derzeit in der Umsetzung. Beidseitig der Goebelstraße befinden sich Straßenbäume. Bei diesen Straßenbäumen, welche überwiegend in den 1980er Jahren angepflanzt worden sind, handelt es sich um eine im Alleenkataster eingetragene Allee. Eingesetzte Alleen sind gemäß § 41 Landesnaturschutzgesetz NRW besonders geschützt und daher dauerhaft zu erhalten. Erkrankte bzw. abgängige Bäume innerhalb von Alleen sind zu deren Erhaltung unverzüglich zu ersetzen.

Im Zuge der den Ausbauarbeiten vorausgehenden Begutachtungen wurde festgestellt, dass vier von insgesamt 39 Eichen entweder fehlten bzw. aufgrund einer Erkrankung zu ersetzen waren.

Die beschriebene Ausgangssituation führte zu dem Beschluss der Durchführung der Baumaßnahme mit der Maßgabe des Ersatzes der fehlenden / erkrankten sowie des Schutzes und dauerhaften Erhaltung der bestehenden gesunden Alleebäume. Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Kosten sind straßenbaubetriebsrechtlich zu berücksichtigen gewesen und dem beitragsfähigen Aufwand hinzuzurechnen.

Im Zuge der Straßenausbaumaßnahme wurde nunmehr festgestellt, dass bei den verbliebenen Bäumen die Standfestigkeit nicht mehr gegeben und mangels anderer Möglichkeiten der gesamte alte Baumbestand zu entfernen war. Aufgrund der beschriebenen Rechtslage und Anweisung der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Kleve müssen diese Bäume neu angepflanzt werden. Die zusätzlichen Kosten betragen dafür ca. 130.000,00 €.

Verwaltungsseitig wurde daher bereits geprüft, ob die Anlieger der Goebelstraße

zum jetzigen Zeitpunkt noch beitragsrechtlich an den Mehrkosten für die Ersatzpflanzung beteiligt werden können bzw. müssen. In diesem konkreten Fall führt die erst nachträgliche Feststellung, dass die 34 ursprünglich zwingend zu erhaltenden Bäume aus tatsächlichen Gründen, nämlich der fehlenden Standsicherheit, nicht erhalten werden können, zu einer inhaltlichen Abweichung vom ursprünglichen Bauprogramm. Der anlässlich dieser Abweichung entstehende finanzielle Mehraufwand kann daher dem beitragsfähigen Aufwand nicht hinzuge-rechnet und somit auch gegenüber den Anliegern nicht abgerechnet werden.

Aufgrund der bestehenden Sach- und Rechtslage wird die Verwaltung die zusätzlichen Kosten für die Neuanpflanzung in Höhe von ca. 130.000,00 € nicht mit den Eigentümern der Anliegergrundstücke der Goebelstraße abzurechnen. Ein gesonderter Beschluss ist somit in diesem Falle entbehrlich

**18. Rheinpromenade 2.0 - Antrag auf eine Generalüberholung der Rheinpromenade; hier: Antrag Nr. XLVI 2018 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 05 - 16 1718/2018**

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt zur Kenntnis, dass

- der Ausschuss für Stadtentwicklung am 29.01.2019 bei 17 Dafür und 4 Enthaltungen im Rahmen seiner Beratung zum Budget 500 dem Rat empfohlen hat, für Überarbeitungen an der Rheinpromenade der KBE Sondermittel von 75.000 € bereitzustellen.

**19. Errichtung eines Parkhauses am Kleinen Wall;
hier: Antrag Nr. XLVII 2018 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 05 - 16 1719/2018**

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt zur Kenntnis, dass

- der Ausschuss für Stadtentwicklung am 29.01.2019 bei 15 Stimmen Dafür, Stimmen dagegen 5 und 1 Enthaltung im Rahmen seiner Beratungen zum Budget 500 dem Verwaltungsvorschlag gefolgt ist, die bisher schon eingestellten Planungskosten für das Parkdeck Willikensoord zusammenzufassen und auf insgesamt 70.000 € zu erhöhen, für das Jahr 2020 für den Bau des Parkdecks 3,0 Mio. € und für 2021 weitere 1,7 Mio. € einzustellen, mithin Investitionskosten von 4,7 Mio. €, für die im Haushalt 2019 eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung erfolgt.

20. Errichtung einer ordentlichen Beleuchtung für den Fuß- und Radweg an der

Ostermayerstraße sowie Überprüfung der Querung auf Höhe des Eisepaßweges;

hier: Antrag Nr. XLVIII 2018 der CDU-Ratsfraktion

Vorlage: 05 - 16 1721/2018

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt zur Kenntnis, dass

- der Ausschuss für Stadtentwicklung am 29.01.2019 bei 21 Stimmen dafür im Rahmen seiner Beratungen zum Budget 500 dem Rat empfohlen hat, für die Beleuchtung von der Ostermayerstraße bis zum Gnadentalweg 70.000 € bereitzustellen und die Radwegkreuzung in Höhe des Eisepaßweges auf Verbesserungen zu überprüfen.
Ebenso empfiehlt der Ausschuss, die Anlegung eines neuen Radweges auf ihre Umsetzbarkeit durch die Verwaltung zu prüfen.

21. Großräumige Luftmessung auf dem Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein;

hier: Antrag Nr. IV 2019 der SPD-Ratsfraktion

Vorlage: 05 - 16 1734/2019

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt zur Kenntnis, dass

- der Ausschuss für Stadtentwicklung am 29.01.2019 bei 14 Stimmen Dafür, Stimmen Dagegen 6 und 1 Enthaltung beschlossen hat, wegen zahlreichen hierzu noch ungeklärter Fragen keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

22. Situation der Straßenbeleuchtung überprüfen und verbessern

Bezug: Berichterstattung über die Situation Steinackerweg/Netterdensche Straße;

hier: Antrag Nr. VII/2019 der SPD-Ratsfraktion

Vorlage: 05 - 16 1756/2019

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

23. Neubewertung Steintorgelände;

hier: Antrag Nr. IX/2018 der BGE-Ratsfraktion

Vorlage: 05 - 16 1775/2019

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**24. Ergänzungsantrag Outdoor Fitness im Rheinpark;
hier: Antrag Nr. XI 2019 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 05 - 16 1788/2019**

Über den gestellten Antrag, nach Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung stimmt sich mit Anbietern von Outdoor-Fitness Geräten ab und legt dem Ausschuss für Stadtentwicklung ein Konzept zur Aufstellung im Rheinpark vor.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**25. Aufstellung von zwei Straßenlaternen gegenüber der St.-Georg-
Grundschule;
hier: Antrag Nr. XIV 2019 der Embrica-Ratsfraktion
Vorlage: 05 - 16 1793/2019**

Der Vorsitzende stellt den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**26. Antrag auf zusätzliche ordnungsbehördliche Kontrollen der Steinstraße;
hier: Antrag Nr. XII 2019 der CDU-Ratsfraktion
Vorlage: 06 - 16 1789/2019**

Mitglied Schaffeld stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

27. Sozialbestattungen;

hier: Antrag Nr. XV 2019 der Embrica-Ratsfraktion
Vorlage: 06 - 16 1794/2019

Über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 28. Qualifizierungsoffensive für den Emmericher Arbeitsmarkt;**
hier: Antrag Nr. III 2019 der SPD-Fraktion
Vorlage: 07 - 16 1733/2019

Über den Verweisungsantrag lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag

Verweisung an den Sozialausschuss.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 29. Federführung zum Gedenken an den 7. Oktober 1944,**
hier: Antrag Nr. I 2019 der SPD-Ratsfraktion
Vorlage: 13 - 16 1731/2019

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Vorgehensweise zu.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 30. Förderung von theaterpädagogischen Angeboten;**
hier: Antrag Nr. II 2019 der SPD-Ratsfraktion
Vorlage: 41 - 16 1732/2019

Auf Nachfrage von Mitglied Sigmund teilt Stadtkämmerer Siebers mit, dass der Ansatz für die Veränderungsliste der Folgejahre fortgeschrieben wurde. Ergänzend teilt der Vorsitzende mit, dass der Antrag der Fördermittelsituation geprüft werde.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt bei 16 Stimmen dafür und 3 Enthaltungen nachfolgenden Beschlussvorschlag aus der Sitzung des HFA vom 12.02.2019 zur Kenntnis.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Bereitstellung von 2.500 € an den Eigenbetrieb KKK zur Förderung theaterpädagogischer Angebote der inklusiven Theatergruppe „Fanta 10“, der „Grenztheaterkinder“ und der jungen Erwachsenenengruppe im TiK.

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 31. Ersatzpflanzungen von Bäumen im gesamten Stadtgebiet Emmerich;
hier: Antrag Nr. VIII/2019 der SPD-Ratsfraktion
Vorlage: 70 - 16 1791/2019**

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt bei 19 Stimmen Dafür nachfolgenden Beschlussvorschlag aus der Sitzung des HFA vom 12.02.2019 zur Kenntnis:

Nach Rücksprache mit den KBE wird von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 15.000 € für Ersatzpflanzungen bereitzustellen.

Vorlage

- 32. Haushaltssatzung 2019
hier: Beschlussfassung
Vorlage: 02 - 16 1776/2019/1**

Stadtkämmerer Siebers verweist auf den CDU-Antrag auf Einrichtung zwei zusätzlicher Stellen im Fachbereich 5, über den noch abgestimmt werden müsse. Weiterhin müsse zum Thema Lange Straße noch ein Beschluss gefasst werden.

Fraktionsvorsitzender der CDU, Herr Dr. Matthias Reintjes:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Zeiten, in denen sechs Fraktionen im Stadtrat ihre Haushaltrede vortragen und angesichts der vollen Tagesordnung möchte ich mich heute – wie auch schon in den letzten Jahren – kurz fassen. Die CDU wird dem Haushalt nur mit Bauchschmerzen – aber aufgrund eines überragenden Projektes, dem nunmehr spruchreifen Sondervermögen für die Innenstadtentwicklung - zustimmen. Ansonsten sehen wir trotz vieler guter Anträge und Ansätze aus der Politik leider auch, dass sich viele wichtige Projekte immer weiter verzögern.

Ich möchte aber mit den positiven Aspekten starten:

1. Die Stadt steht insgesamt finanziell gut da. Dass wir in diesem Jahr erneut der Versuchung widerstanden, die Grund- und Gewerbesteuer weiter zu erhöhen, ist ein für die Bürger guter Aspekt und war immer ein Anliegen der CDU.
2. Gut ist, dass wir ernsthaft darüber nachdenken, was mit dem Emmericher

Bahnhof geschehen soll. Auch wenn Rat und Verwaltung noch keine fertige Lösung für das Gebäude und das Umfeld haben, so ist es dennoch gut, dass wir das Thema grundsätzlich anpacken wollen. Darüber hinaus sollte der Druck auf die DB weiter erhöht werden, so dass die Gleise 3 und 4 nicht erst im Jahr 2021 barrierefrei ausgebaut werden.

3. Dass der Bahnhaltepunkt in Elten nunmehr gebaut und im Sommer dieses Jahres eröffnet wird und dass in weiten Teilen unseres Stadtgebietes nun Glasfaserkabel verlegt werden, ist ein ganz wesentlicher Fortschritt für unsere Stadt. So wird die Erreichbarkeit des ländlichen Raumes gesichert und die Attraktivität gesteigert.
4. In Hochelten wird in diesem Jahr der Masterplan Hochelten weiter umgesetzt, mit dem aufwendig renovierten Waldhotel werden wir auch in Zukunft – da bin ich persönlich von überzeugt - einen attraktiven Anziehungspunkt in Hochelten bekommen. Mit der Umgestaltung des Dr.-Robbers-Parks möchten wir als CDU weitere Akzente in Elten setzen.
5. Am Bau des Parkdecks am kleinen Wall halten wir fest. Seit Jahren wird über die Umgestaltung des Parkplatzes gegenüber der Societät diskutiert. Die 4 Mio. € für zusätzliche Langzeitparkplätze sind gut investiertes Geld.
6. Die Entstehung eines völlig neuen Quartiers auf dem ehemaligen Kasernengelände ist für Emmerich ebenso eine große Chance. Auch glauben wir, dass die Ansiedlung von EDEKA und einem möglichen Actionmarkt auf dem Neumarkt ein Erfolg für die Innenstadt werden kann.
7. Nun zum Sondervermögen: CDU und BGE haben den gemeinsamen Vorschlag im Juli 2017 vorgebracht. Mit dem Sondervermögen wollen wir in der Innenstadt aktiv werden und neue Impulse setzen. Das geht nur mit ausreichenden Mitteln, Manpower und kreativen Ideen. Ich denke, dass ist im ersten Aufschlag gelungen. Wir meinen, dass die Einrichtung des Sondervermögens die wichtigste politische Entscheidung dieser Legislaturperiode sein wird und ich bin von dem Erfolg überzeugt.

Meine Damen und Herren, wo es Licht ist gibt es aber auch Schatten,

1. Was ist mit dem neuen Bürgerbüro? Auf Antrag der CDU wurde im Jahr 2017 und 2018 viel Geld dafür in den Haushalt eingestellt. Wir warten nunmehr seit geraumer Zeit auf Realisierungsvorschläge!
2. Ebenso wurde der CDU-Antrag zum E-Government – also die Umstellung auf ein elektronisches Rathaus – vom Rat damals einstimmig beschlossen und Haushaltsmittel eingestellt. Aber auch hier ist bis heute wenig passiert.
3. Zusammen mit der BGE wollen wir die Kaßstraße einseitig für den Autoverkehr öffnen. Die Politik hat auch dieses im letzten Jahr so beschlossen. Trotzdem wurde dieser Vorschlag auch auf die lange Bank geschoben.
4. Die Stadt investiert auf Rekordniveau in unsere Schulen. Das ist gut und richtig! Dazu stehen wir. Der im letzten Jahr beschlossene Medienentwicklungsplan setzt auch für unsere Schulen neue Maßstäbe und sorgt für eine zeitgemäße Ausstattung, die auch in unseren Nachbarkommunen neidisch beäugt wird.
Dennoch fehlen uns bis heute und trotz mehrfacher Anträge verschiedener Fraktionen eine nachvollziehbare Projektplanung sowie ein ordentliches Controlling der Gesamtschulbaustelle. Das ist bei den Millionen-summen, die hier im Raum stehen, unverantwortlich. Hier hätte man – so wie es die Politik schon seit Jahren fordert – frühzeitig gegensteuern können, wie es übrigens auch andere Kommunen in der Region tun, die für solche Großprojekte extra Projektstellen eingerichtet haben.
5. Ähnlich ging es uns mit dem ISEK, welches Ende 2017 verabschiedet

wurde. Mehrere Maßnahmen liegen hier nicht mehr im Zeitplan. Ich nenne nur beispielhaft

- den Umbau des Geistmarktes der für 2018 und 2019 angekündigt wurde,
- die Neugestaltung des Kleinen Löwe ist ebenso für 2018/2019 projektiert,
- ein städtebaulicher Wettbewerb für das Fachmarktzentrum Wemmer&Jansen, das war damals ein großes Anliegen der CDU-Fraktion, Sie raten es, auch für 2018/2019 projektiert,
- und nun komme ich zum Steintorgelände. Hier soll ein multifunktionaler Platz und Entree zur Innenstadt entstehen. Sie raten es auch im Jahre.2018/2019. Wie wir heute überraschend vernehmen mussten, wird der Kreis dort jetzt eine Rettungswache bauen, was wir sehr begrüßen, aber in Sachen ISEK sind wir kein Stück weiter. Das Steintordebakel hat maßgeblich auch die SPD zu verantworten, welche vor Jahren den Kauf des Grundstückes verhinderte.

Bei den genannten Projekten erwartet die CDU eine konsequentere Umsetzung. Wir sehen natürlich, dass sich die soeben genannten Maßnahmen sich nicht von Geisterhand erledigen. Daher begleiten wir die Verwaltung nicht nur kritisch, sondern auch konstruktiv und forderten daher den Stellenplan für den Fachbereich 5 um zwei weitere Stellen zu erweitern.

Ein weiterer Punkt, der in Emmerich oft in Vergessenheit gerät ist: wir müssen unsere Stärken stärken - dazu zählt eine klare Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Hier muss das Kerngeschäft der klassischen Wirtschaftsförderung in Zukunft wieder mehr in den Fokus rücken. Auch müssen wir die Rheinpromenade als touristischen Magneten unserer Stadt erhalten und stärken. Daher hat die CDU auch den Antrag gestellt zur Rheinpromenade 2.0. Der Bau der Rheinpromenade ist nunmehr bereits länger als 10 Jahre her, und so bedürfen einige Ecken inzwischen der „Aufhübschung“.

Abschließend zum Thema Wanderarbeiter: ich bin froh, das hat die Debatte hier auch heute gezeigt, dass die Irritationen in der SPD ein Ende gefunden haben und man sich parteiübergreifend auf eine gemeinsame konstruktive Linie verständigen konnte.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion schaut mit Sorge auf die großen Herausforderungen unserer Stadt und auch auf die Verzögerungen einiger Projekte.

Dennoch werden wir dem Haushalt, insbesondere wegen der Einrichtung des Sondervermögens zustimmen. Hier sehen wir eine echte Chance für Emmerich. In Zukunft müssen wir aber aufpassen, dass der Haushalt nicht zum Papiertiger verkommt, da zahlreiche Verzögerungen der Vorjahre nicht zu Ende gebracht wurden.

Ich möchte mich beim Kämmerer bedanken, insbesondere, da wir in diesem Jahr das erste Mal ein anderes Verfahren der Haushaltseinbringung und –abwicklung hatten. Ich glaube das hat sehr gut funktioniert. Ich möchte mich aber auch bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken und die stets gute und faire Zusammenarbeit. Ebenfalls möchte ich allen Ehrenamtlichen unserer Stadt danken. Ich denke, ohne sie wäre unsere Heimat nicht die, die sie ist. Ich stelle hiermit den Antrag, nach Verwaltungsvorlage zu beschließen.“

Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Andrea Schaffeld:

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, soweit diese noch anwesend sind, sehr geehrte Ratskolleg*innen und sehr geehrter Herr Bürgermeister.

Mich beeindruckt nach wie vor noch die ganz großen Summen: 10 Millionen für das Sondervermögen Innenstadt, mehr als 4 Millionen für ein Parkdeck, 250.000.-€ für die Generalüberholung der Rheinpromenade, zwei A12-Stellen im Fachbereich 5 und dann noch eine nicht bezifferte Summe für den Ankauf des Bahnhofsgebäudes. Gleichzeitig investieren wir weiter hohe Summen in die Schulgebäude und die Schulen. Ich finde, dass wir als Politik aber vor allen Dingen auch die Verwaltung große, große Summen stemmen, große Projekte im Moment vor der Brust haben. Manchmal wir einem da auch ein bisschen schwindelig bei. Alles zusammen notwendige Investitionen, die auf die vielen Baustellen und in Teilen auch, wenn ich auf die Schulgebäude schaue, auf die Entwicklungsrückstände in der Stadt verweisen. Ob die Stadt selber das Bahnhofsgebäude kaufen will oder muss – oder vielleicht wie in Kleve einen privaten Interessenten finden kann – steht alles noch in den Sternen. Dennoch muss der Bahnhof und sein Umfeld endlich erfolgreich angefasst werden. Richtigerweise müssen gemeinsame politische Strategien entwickelt werden, um Druck auf die Deutsche Bahn auszuüben.

10 Millionen Euro für das Sondervermögen, um in der Innenstadt im Bereich der Grundstücke und Immobilien positive Entwicklungsbedingungen zu schaffen. Die sind dann wirksam, wenn sie helfen Bewegung und Fortschritt in zentralen Lagen herzustellen und Ansiedlungen möglich machen. Also wir stellen uns schon vor, dass es in einem ersten Schritt, wann der auch immer sein wird, gelingen muss eine entscheidende Bewegung in die Innenstadt zu bringen.

Mit der Platzierung des Geldes in der EGE und begleitet durch einen kleinen Beirat ist das Sondervermögen so aufgestellt, dass es schnell wirksam sein kann. Es wäre jedoch Augenwischerei, wenn wir so tun, als ob morgen oder übermorgen schon die ersten Erfolge auf dem Tisch liegen könnten. Das geht nicht.

Die SPD-Fraktion erwartet allerdings, dass nicht nur die Summe Geld eine verbesserte Ausgangsposition schafft, sondern vor allen Dingen auch die Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung und der EGE. Denn nur dann, wenn Projekte schnell und lösungsorientiert auf den Weg gebracht und bearbeitet werden können, ist das Sondervermögen eine hilfreiche Konstruktion. Lösungsorientiert sind wir dann unterwegs, wenn die Verwaltung und die Politik die Belange der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und auch „im Kleinen“ jenseits der Millionen intensiv um Verbesserungen ringen.

Ein Beispiel ist die Beleuchtung am Ravensackerweg nach dem Wegfall einer Laterne im Zuge der neuen Autobahnauffahrt. Ich schaue mir die jedes Mal mit Sinn und Verstand an. Wir wissen alle, dass die verkehrliche Situation dort für Radfahrer und Fußgänger schlecht ist. Verbesserungen sind über eine gute Beleuchtung/Ausleuchtung ohne großen Aufwand möglich. Ich weiß, da müssen neue Laternen hin. Genau hier brauchen wir keine Probleme, sondern konkrete Lösungsvorschläge.

Ein weiteres Beispiel was uns sehr am Herzen liegt ist die Absenkung der Bürgersteige in Elten am Markt. Ich war am Freitag wieder in Elten beim Friseur, da gehe ich immer hin und dann hat man auch als Emmericherin Gelegenheit sich die Situation vor Ort noch einmal anzuschauen. Planerisch sind da Zugänge geschaffen, die Menschen suchen sich aber andere Wege.

Das ist ein klassisches Dilemma und es hilft uns jetzt an Stelle überhaupt nicht

weiter, wenn die Einschätzung der Polizei und in der Vorlage zur KBE-Sitzung zur Kenntnis genommen wird. Die Planungsgrundlagen sind von 2007, das ist alter Rummel, das muss man einfach so sagen und deshalb würden wir uns wünschen, dass das Gespräch mit dem Bürger noch einmal gesucht wird und dann werden Sie sehen, wo man am besten da die Bordsteine absenken kann. Das Gespräch mit den Betroffenen scheint uns an dieser Stelle immer der richtige Weg zu sein.

Die SPD-Fraktion, das ist ein weiteres Beispiel, hat das Thema der so genannten ordnungsbehördlichen Bestattungen – Gerd, das sind keine Sozialbestattungen, und deshalb auch nicht Sozialausschuss - immer wieder auf der Agenda und auch mit dem Bürgermeister und der Kirche Lösungsansätze diskutiert. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der Embrica-Fraktion. Wir sind sicher, dass in einer gemeinsamen Anstrengung der Kirchen und der Verwaltung hier schnell eine Lösung entstehen kann. Signale gibt es genug dazu.

Ob so ein Randthema, wenn man das einmal zu Ende denkt – ordnungsbehördliche Bestattungen - wichtig für uns in Emmerich ist? Wir sind fest davon überzeugt, dass sich jede noch so kleine Verbesserung im Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger auszahlen wird. Das sind klimatische Zeichen, das sind auch Zeichen einer Haltung. Haltung, den Menschen gegenüber die in unserer Stadt leben. Auch wenn es „nur“ darum geht, dass jeder die Möglichkeit haben soll, auf unserem Friedhof bestattet zu werden.

Uns hat die finanzielle Unterstützung der theaterpädagogischen Arbeit des TIK sehr am Herzen gelegen. Zuerst sind wir ja baden gegangen, dann musste das Ganze noch einmal mit einem neuen Antrag zum Haushalt. Es hat uns große Sorgen gemacht, dass es uns nicht gelingen sollte 2500 € für das Jahr 2019 zur Förderung der inklusiven theaterpädagogischen Arbeit zu organisieren. Zeitweilig habe ich wirklich gedacht Millionen für ein Parkdeck hat man schneller zusammen, als 2.500 €. Wir sind fest davon überzeugt, dass diese Art von Kultur, theaterpädagogische Arbeit mit den Menschen mit und ohne Behinderung, jung oder alt nachhaltig wirkt in unserer Stadt. Selbermachen entwickelt die Persönlichkeit aller Menschen und deshalb braucht Emmerich diese Exzellenz! Und wir werden es uns hoffentlich leisten, auch weiterhin das zu unterstützen.

Wir haben auch diesen Antrag gestellt, das Gedenkens zum 7. Oktober 1944 in die Federführung der Stadtverwaltung zu legen. Das haben die Kirchen immer wie selbstverständlich getan. Die Selbstverständlichkeit schwindet – nicht weil die nicht wollten, sondern weil da auch neue Menschen kommen, denen das vielleicht nicht so geläufig ist. Ich bin froh darüber, dass die Verwaltung diesen Antrag angenommen hat und ich hoffe, dass Sie auch als Politik in diesem Jahr am 7. Oktober an der Gedenkveranstaltung dann auch teilnehmen.

Die SPD-Fraktion hat sich mit den Rahmenbedingungen beschäftigt, die die Entwicklungen in unserer Stadt bestimmen. Mir ist sehr nachhaltig die Arbeit im Workshop zum Wohnraumkonzept geblieben, das waren ja alles Zahlen, die zugänglich sind von IT-NRW. Da ist uns noch einmal deutlich geworden, wo wir drüber reden, wenn wir die Stadt entwickeln.

- Wir reden über einen hohen Anteil, nämlich 70% von Ein- und Zweipersonenhaushalten. Das hat Konsequenzen für Wohnen.
- Wir reden und ich habe es heute wirklich noch einmal nachgesehen - weil mich jemand gefragt hat, ist das wirklich so - über ein Durchschnittseinkommen pro Kopf, das mit etwas über 17.496 -€ pro Kopf/Jahr deutlich niedriger liegt, als woanders.
- Der Anteil der Erwerbstätigen ist in Emmerich geringer, als im Durch-

- schnitt des Kreises Kleve.
- Wir haben Zugewinne bei der Bevölkerungszahl ausschließlich durch ausländische Mitbürger/innen

Wozu müssen wir das alles wissen? Warum müssen wir uns diese Situation immer wieder bewusstmachen.

- Wir müssen das alles wissen, weil wir in diesem Bereich Ziele definieren müssen. Ziele für Wohnen, Ziele für Arbeit und wir müssen die Frage beantworten, „Wollen wir Abwanderung verhindern und Zuwanderung generieren – dann brauchen wir wirksame Integrationskonzepte. Deshalb freut sich die SPD-Fraktion auf die Rückkehr von Vera Artz als Integrationsbeauftragte. Denn wir haben das wirklich etwas nachzuholen.
- Wollen wir den Anteil an schlechtem und vernachlässigtem Wohnraum in Emmerich vermindern, brauchen wir Strategien. Die haben wir soeben beraten und wir wollen natürlich auch Projekte wie „jung kauft alt“, nämlich alte Immobilien, zum Teil auch Einfamilienhäuser gut unterstützt wissen.
- Wollen wir, dass Wohnen in der Innenstadt wieder attraktiv wird? Auch da wird uns hoffentlich das Projekt Quartiersmanagement „Wette Telder“ eine Menge Leben beschern, so dass auch manche Menschen auch wieder gerne in unserer Kerninnenstadt wohnen.

Ich will es nicht lange machen, aber Sie haben unseren Antrag „Qualifizierungsoffensive“, ich weiß, dass das für den Fachbereich 7 eine echte Herausforderung ist zu der normalen Arbeit.

Ich hatte innerlich eine kleine Hemmung, aber auf der anderen Seite bin ich fest davon überzeugt, dass wir Wege finden müssen, um den Fachkräftebedarf auf dem Kasernengelände im Gesundheitspark zu decken und auch gleichzeitig einen Gewinn zu generieren, für die Menschen, die schon lange arbeitslos sind in unserer Stadt. Und da werden wir wahrscheinlich nachqualifizieren müssen.

Der Fachkräftebedarf wird auch in Emmerich auf dem Hintergrund schon begonnenen Fachkräftemangels nicht leicht zu decken sein. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen – und da sind wir wieder beim Thema von eben - für berufstätige Eltern so verbessert werden, dass sie erwerbstätig sein können. Es kann nicht sein, dass junge Frauen und manchmal auch junge Männer sagen müssen, dass die Höhe der Kindergartenbeiträge ihr Teilzeiteinkommen auffrisst und sie somit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Finde ich eine ganz schwierige Situation, deshalb muss unser Ziel sein „gute Kita auch in Emmerich“. Da warten wir aber jetzt auf die neuen Rahmenbedingungen.

Für die SPD-Fraktion bleiben auch in 2019 die Investitionen in die Zukunft unserer Kinder der wesentliche Maßstab unseres politischen Handelns. Investitionen in die Schulen, in die Jugendarbeit und auch in die Bereiche Inklusion und Integration als Querschnittsthemen, deren Gelingen unser Zusammenleben bereichern wird.

Ich bedanke mich herzlich bei allen, wirklich bei allen Mitarbeiter/innen der Verwaltung, ganz besonders natürlich beim Kämmerer und seiner Mannschaft und möchte für die SPD-Fraktion erklären, dass wir dem Haushalt natürlich zustimmen. Dankeschön!“

Fraktionsvorsitzender der BGE, Herr Joachim Sigmund:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates!

Ich grüße herzlich die anwesende Presse!

Nach den Zustimmungen der CDU und SPD zum Haushalt 2019 wird die BGE den Haushalt 2019 heute ablehnen. Ich verzichte auf seitenweise Erklärungen. Wer unsere Haushaltsreden der Jahre 2017 und 2018 nochmals in die Hand nimmt, erkennt die Gründe. Die wiederholten Appelle der BGE zur Organisations- und Prozessoptimierung, unser Anmahnen für ein wirksames Projektmanagement, unsere Forderungen nach einem Zentralcontrolling stoßen im Rathaus eher auf taube Ohren.

Anträge der BürgerGemeinschaft Emmerich werden am Ratstisch auffällig oft und ohne plausiblen Grund abgelehnt. Ich nenne hier als aktuelles Beispiel den BGE-Antrag für das Aussetzen der Straßenbaubeiträge vom 8. November 2018. Die Verwaltung bewertet ihn als rechtswidrig, währenddessen genau dieses in Rahden im Kreis Minden-Lübbecke im Stadtrat beschlossen wurde.

Stattdessen erfolgt die Vergabe weiterer externer Planungsleistungen für ein Parkdeck am „Kleiner Wall“, ohne dass der exakte Bedarf nachgewiesen, mögliche Alternativen untersucht und eine notwendige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nur ansatzweise durchgeführt werden. Dies hat die BGE bereits an anderer Stelle im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beanstandet.

Der BGE-Antrag vom 13. September 2018 zum Ausbau „Ravensackerweg“ in Richtung Autobahnanschluss Emmerich-Ost wird ohne Verwaltungsvorlage auf Antrag der CDU-Fraktion in einer Ratssitzung direkt abgelehnt, ohne den Fachausschuss zu beteiligen. Ein beispielloser Vorgang.

Das Versetzen von Fahrradständern am „Alter Markt“ zur Verbesserung des Status Quo, verursacht lange Prüfschleifen und damit Mehrarbeit bei Politik und Verwaltung, ohne den gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Es ist nur ein Antrag der BGE!

Das städtebauliche Kleinod „Haus im Park“ soll auf Vorschlag der Verwaltung bis zum Jahr 2022 auf 20.000 Euro für notwendige Sanierungsmaßnahmen warten. Diese Maßnahmen hatte die BGE am 17. September 2018 überplanmäßig zum Haushalt 2018 beantragt. Die späte Einplanung im Jahr 2022 beim „Haus im Park“ wurde von der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen offiziell mit der Gefahr von Verzögerungen anderer Projekte begründet, ohne diese Projekte auf konkrete Nachfrage der BGE überhaupt benennen zu können. Der Stadtsportbund reklamiert einen Sanierungsstau an Sportanlagen und -einrichtungen und beantragt mehr Geld für den Haushalt 2019. Anstatt - wie von der BGE vorgeschlagen - mit einer Kommission kurzfristig den Sachverhalt zu überprüfen, wird am Titelansatz festgehalten, was dazu führt, dass im Jahr 2019 der Sanierungsstau bleibt.

Am 29. Januar 2019 erkennen alle Fraktionen im Gespräch mit dem Neumarkt-Investor, dass der Durchführungsvertrag von ihm nicht erfüllt wird. Es ist heute schon für jeden Bürger der Stadt Emmerich am Rhein klipp und klar, dass der Projektentwickler im Mai 2020 am Neumarkt nicht fertig sein kann und wird. Erst muss er überhaupt einmal richtig anfangen!

Der BGE-Antrag vom 30. Oktober 2018 – Stichwort Handlungsleitfaden - wird

daraufhin am 30. Januar 2019, also ein Tag nach dem Besuch des Herrn Schoofs, aufgrund sogenannten Beratungsbedarfs der SPD auf einen Zeitpunkt nach dem Beschluss des Haushalts 2019 vertagt. Für die Bürger/innen und die BGE nicht nachvollziehbar. Stattdessen muss sich die BGE dann „Populismus“-Vorwürfe einer Volkspartei gefallen lassen, anstatt hier endlich klare Kante gezeigt wird.

Die lächerliche „Populismuskeule“ beim Thema Wanderarbeiter möchte ich hier an dieser Stelle nicht vergessen. Ich denke, wir sollten hier alle am Ratstisch die Herausforderungen gemeinsam annehmen und die Dinge auch sachpolitisch lösen und zum Ende bringen.

Obwohl es seit 2017 ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept und ein aktuelles Einzelhandelskonzept gibt, erkennen die Bürger, auch die CDU und wir keine sichtbaren Ergebnisse. Bevor wir uns überhaupt ansatzweise Gedanken über den Kauf des Bahnhofs machen, sollte der Bürgermeister sich intensiv um die weithin sichtbaren Brachen Neumarkt, Steintorgelände und das ehemalige Wemmer & Janssen-Gelände kümmern. Die Barrierefreiheit am Bahnhof und ein Toilettencontainer sind im 21. Jahrhundert keine unmögliche technische Herausforderung. Vor 50 Jahren landeten die Amerikaner auf dem Mond. Der Emmericher Bahnhof ist 50 Jahre dahinter!

Schließlich ist es für die BGE auch nicht nachvollziehbar, dass trotz Fördermittelbescheid bis heute keine Ausschreibung eines Citymanagers erfolgte. Dies mit der Neubesetzung der Geschäftsführung der Wirtschaftsförderung zu begründen, ist für die BGE schleierhaft.

Zum Stellenplan hat die BGE einiges kritisch anzumerken. Der Antrag der CDU, für den Fachbereich Stadtentwicklung zur Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts zusätzliche Stellen zu fordern, spricht für sich. Angesichts der in den nächsten Jahren anstehenden großen Baumaßnahmen sehen wir als BGE ähnliches für den Fachbereich Immobilien. Wir hätten uns als BGE gewünscht, dass anlassbezogen die Organisation dieser Teil der Kernverwaltung untersucht wird – vor 2020 - und dazu planerische Vorkehrungen bereits im Haushaltsplan 2019 erkennbar wären. Unser Antrag dazu aus dem Jahr 2017 läuft damit mittlerweile nach zwei Jahren immer noch ins Leere. Wir hoffen nun auf den Haushaltsplan 2020 und die angekündigte Evaluation der kritischen Bereiche, die die BGE schon vor zwei Jahren ausgemacht hatten. Noch gilt das Prinzip „Hoffnung“! Es gibt noch einige weitere Beispiele, aber ich hatte ja schon angekündigt, die BGE will die Haushaltsrede im Jahr 2019 kurz halten.

Die BGE lehnt aus den dargelegten Gründen den vorgelegten Haushaltsentwurf 2019 mit seiner mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, dem Stellenplan und der vorgelegten Veränderungsliste ab.

Dann möchte ich einmal ein Zitat von Lao-Tse erwähnen: „Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.“

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danken wir für ihre Arbeiten am Haushalt 2019 und die Beantwortung unserer Fragen, das geht insbesondere in Richtung Kämmerei. Unser besonderer Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern, die im Ehrenamt unser Gemeinwesen trotz persönlicher Belastungen und finanzieller Einschränkungen lebenswert halten.

Schließlich bedankt sich die BGE bei den Emmericher Betrieben und Unternehmen, ohne deren erfolgreiches Wirtschaften unsere Gestaltungsmöglichkeiten als Stadt nur sehr begrenzt wären.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Siebers:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Gäste,

„Politik ist die Kunst des Machbaren“ hat Otto von Bismarck einmal gesagt. Sie hat geprägt zu sein von der Demut der verliehenen und geliehenen Macht, die die Bürgerinnen und Bürger uns Ratsmitgliedern auf Zeit erteilt haben.

Sicher können wir stolz darauf sein, viel Geld in unsere Schulen und damit in unsere Kinder investiert zu haben. Das war machbar und damit auch enkeltauglich und positiv.

Unsere Fraktion denkt, dass darüber hinaus noch mehr machbar für Emmerich am Rhein wäre, wenn wir mehr Gewicht auf unsere Sozialpolitik und auf unsere Umweltpolitik legen würden. Die Sozialpolitik als Herzstück menschlichen Zusammenlebens ist ganzheitlicher anzugehen.

Bei allen anstehenden Entscheidungen, wie z.B. im Ausschuss für Stadtentwicklung, sind die Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, Ältere und Behinderte intensiver zu berücksichtigen.

Der Sozialausschuss braucht mehr Sitzungen für diese Themen und für aktuelle Entwicklungen.

Die Einbindung von direkt Betroffenen und Fachpersonal im Rahmen einer Bürgerbeteiligung sollte selbstverständlich sein.

Vor diesem Hintergrund finden wir es blamabel, dass unser Antrag auf eine fahrradfreundliche und behindertengerechte Stadt, den wir am 13. Juli 2018 gestellt haben, noch immer nicht beraten wurde!

Damit müssen RollstuhlfahrerInnen und SeniorenInnen weiterhin auf Maßnahmen warten und fragen sich zu Recht, warum ihre Wünsche und Sorgen so wenig Gehör finden.

Sozialen Mehrwert können wir auch durch die Erhöhung der Lebensqualität, insbesondere der weniger Begüterten schaffen. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus hat hier oberste Priorität. Ein Schlüssel für eine inklusive Stadtgesellschaft ist auch bezahlbares Wohnen, das ist ein Menschenrecht! Wir könnten uns sozusagen als Plan B für den Neumarkt sehr gut ein gefördertes Wohnprojekt für junge Familien und für SeniorInnen und Behinderte auf dem Neumarkt vorstellen.

Damit könnten wir erreichen, dass wieder mehr Familien in der Innenstadt wohnen können und nicht nur in den Eigenheimen auf dem Land.

Seit Jahren fordern wir mehr Grün und Erholungsflächen in der Innenstadt, in den Stadtteilen und am Stadtrand zur Naherholung vor Ort. Gerade im letzten Jahr hat der menschengemachte Klimawandel seine negativen Auswirkungen deutlich gezeigt. Auch Emmerich am Rhein muss sich seiner Verantwortung stellen und den Klimaschutz ernsthaft umsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben die immense Bedeutung längst erkannt, die die Aufrechterhaltung einer lebenswerten Umwelt für uns alle hat.

Es ist wichtig, den Grünraum der Stadt zu erhalten und auszuweiten. Bäume müssen besser geschützt werden und gefällte Bäume müssen mindestens 1:1 ersetzt werden.

Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht weiter auf die lange Bank geschoben

werden. Wir müssen aktiver werden, die Artenvielfalt stärken und in städtischen Grünbereichen positive Beispiele für vorbildliche ökologische Gestaltung aufzeigen.

Hier hat die Stadt mit gutem Beispiel voranzugehen. Ein Wettbewerb z. B. zur Artenvielfalt mit Staudenpflanzen auf städtischen Flächen oder zur Dach- und Fassadenbegrünung könnte eine tolle Signalwirkung auf den privaten Bereich haben. Auch ist es wünschenswert, wenn wir die unökologischen Steinwüsten in vielen Vorgärten unserer Stadt durch Vorgärten ersetzen, die die Insektenvielfalt fördern.

Unser Wald hat ebenfalls einen ökologischen Mehrwert. Er dient der Erholung und der Klimaverbesserung in unserer Stadt.

Seit Jahren fordern wir mehr Wald und wenden uns gegen sinnloses Abholzen. Schöne alte Bäume brauchen ihre Zeit und sind nicht einfach zu kaufen und zu ersetzen. Gerade beim Kampf gegen Klimawandel brauchen wir ältere Bäume. Hier zitiere ich gerne ein afrikanisches Sprichwort: Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren, die zweitbeste Zeit ist jetzt.

Ich komme zurück auf die oben angesprochene Macht, die uns auf Zeit erteilt worden ist.

Diese Macht bekamen die kleineren Fraktionen mal wieder zu spüren, als es um die Erschließungsgesellschaft Emmerich am Rhein mbH (EGE) ging, welche von den Mehrheitsfraktionen mit der Umsetzung der Maßnahmen aus der strategischen Innenstadtentwicklung beauftragt wurde.

Dem gebildeten Beirat gehören nur die CDU, SPD und BGE an. Die kleinen Fraktionen bleiben draußen.

Das kann man so machen, das ist politisch legitim. Ob es politisch geschickt ist, da haben wir so unsere Zweifel. Macht hat den Vorteil, aber auch gleichzeitig den Nachteil, dass man eine überzeugende Sachdebatte nicht führen muss.

Es wird mehrheitlich entschieden, und es gibt kaum Raum für ergebnisoffene politische Diskussionen. Jetzt wird groß proklamiert, dass die „Strategische Innenstadtentwicklung“ der große Wurf für unsere schwächelnde Innenstadt darstellt. Jedes Jahr fließen 2 Millionen, um unsere Innenstadt zu reanimieren. Wofür? Das wissen wir nicht so genau!

Wir haben keine Investoren bisher, die in Emmerich am Rhein Schlange stehen. Wäre dies der Fall, hätten die Interessenten bestimmt beim Bürgermeister sicher ein offenes Ohr gefunden und man hätte Mittel und Wege gefunden, die Investition voranzutreiben.

Jetzt gibt es das Signal, hier gibt es ordentlich Geld. Das nährt die überzogenen Erwartungen so mancher Grundstückseigentümer in der Innenstadt.

Jetzt können für viel Geld Grundstücke in der Innenstadt von der EGE gekauft werden und preiswert den Investoren angeboten werden. Angebliche Gewinne der EGE, die in den Emmericher Haushalt fließen, sind dabei kaum zu erwarten. Ausgerechnet die Mehrzahl der Ratsmitglieder der Mehrheitsfraktionen, denen wir das Dilemma in der Innenstadt und die jahrelange katastrophale Entwicklung am Neumarkt zu verdanken haben und die jahrelang einem unzuverlässigen Investor die Stange gehalten haben, ausgerechnet die sitzen jetzt im Beirat der EGE und entscheiden demnächst über 10 Millionen Sondervermögen für die Innenstadt! Sorry, dafür haben wir kein Verständnis, und das lehnen wir ab.

Zusammenfassend sehen wir in dem vorgelegten Haushalt 2019 nicht genügend

Perspektiven für die von mir beschriebenen umwelt- und sozialpolitischen Erfordernisse für unsere Stadt und haben kein Vertrauen in die proklamierte strategische Innenstadtentwicklung.

Abschließend möchte ich die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach zitieren:

„Für das Können gibt es nur einen Beweis, das Tun.
Dieser Beweis wurde bisher nicht erbracht.“

Deshalb lehnen wir den Haushalt 2019 ab.

Ich bedanke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Fraktionsvorsitzender der Fraktion Embrica, Herr Thomas Meschkapowitz:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Ressourcen der Stadt nutzen, gestatten Sie einen kurzen Überblick:

Die Finanzlage der Stadt Emmerich am Rhein ist solide. 77,4 Millionen Euro Gesamtaufwendungen sieht der städtische Haushalt für das Jahr 2019 vor, denen 75,8 Millionen Euro Erträge gegenüberstehen. Das hier ausgewiesene Defizit von rd. 1,6 Millionen Euro ist nicht dramatisch, da es mit Leichtigkeit, vor allem aber ohne die Notwendigkeit weiterer Sparmaßnahmen, ausgeglichen werden kann. Die rund 15,5 Millionen Euro in der Ausgleichsrücklage sorgen für beruhigendes Polster. Und auch die Tatsache, dass gegenwärtig keine Kassenkredite benötigt werden, zeigt an, es geht der Stadt in Sachen Finanzen gut.

Kommen wir nun zu den Investitionen für das Jahr 2019. Hier lohnt es sich genauer hinzuschauen.

7,8 Millionen alleine in diesem Jahr für den Umbau der Gesamtschule am Brink. Geld, das wir für die Sanierung eines alten Schulgebäudes aufwenden, einem Gebäude das sich zudem direkt an der zukünftigen Betuwe-Linie befinden wird. Eher ein Standortnachteil für eine Schule. Es sei daran erinnert, dass ein Neubau der Gesamtschule hier Abhilfe geschaffen hätte. Vor diesem Hintergrund haben für uns diese 7,8 Millionen Euro immer noch einen bitteren Nachgeschmack.

Und auch andere Investitionen müssen kritisch betrachtet werden. Mittel für das Steintor-Gelände sind vorgesehen. Es ist aber zu hinterfragen, ob die Stadt hier überhaupt investiv tätig werden sollte, zumal private Investoren – bis vor Kurzem zumindest - diese Fläche ebenfalls entwickeln wollten. Privat vor Staat sollte es an dieser Stelle heißen und eben nicht städtische Planwirtschaft. Und ich darf an dieser Stelle ergänzen, also die kommunale Planwirtschaft auf Kreisebene hat dann offensichtlich gegenüber der Privatwirtschaft gewonnen.

Ebenso der Bereich der strategischen Innenstadtentwicklung, zwei Millionen Euro für das Sondervermögen Entwicklung Innenstadt sind für das Jahr 2019 vorgesehen. Zwei Millionen von insgesamt 10 Millionen Euro. Und bis zum jetzigen Zeitpunkt liegt dem Rat noch kein Konzept mit einer damit verbundenen Investitionsplanung vor. Man könnte sagen, hier eilt das Geld den guten Absichten voraus und nach unserem Dafürhalten eine vorschnelle Entscheidung.

Denn ohne konzeptionelle Planung, die hier im Rat sonst immer in den Vorder-

grund geschoben wird, wissen wir nicht in welchem Maße finanzielle Mittel benötigt werden. Die Summe von 10 Millionen Euro für das Sondervermögen erscheint vor diesem Hintergrund eher auf einen Schätzwert zu beruhen. Sie könnte demzufolge auch zu hoch beziffert worden sein, folglich wären in einem solchen Fall die zwei Millionen Euro, welche in den Haushalt 2019 eingestellt wurden, nicht nötig. Und es sei nur am Rande erwähnt, wir hätten ohne diesen Posten einen Überschuss im Haushaltsentwurf und eben kein Defizit in Höhe von rd. 1,6 Mio. Euro.

Auch das leidige Thema Neumarkt schlägt 2019 mit rund 1,3 Millionen Euro zu Buche und ein Ende, nicht nur der finanziellen Belastungen, ist nicht absehbar.

Wir sehen das Zahlenwerk dieses Haushaltes ist formbar und alleine das gesamte Investitionsvolumen von über 24 Millionen Euro zeigt, finanzielles Potenzial für die Stadt Emmerich am Rhein ist vorhanden. Doch nutzen wir diese Ressourcen auch sinnvoll.

Das Investitionsprogramm weist Lücken im Bereich der Ökologie sowie der sozialen Infrastruktur auf.

So wie überall wird auch in unserer Kommune über den Umweltschutz lebhaft diskutiert. Aber konkret vor Ort wird nichts oder nur sehr wenig unternommen. Wie sieht es mit der ökologischen Bilanz der Stadt aus. Fördern wir etwa alternative Energien verbunden mit dem Ziel Co2 Ausstoß vor Ort zu verringern. Nein, wir tun es nicht - es fehlen nach wie vor Investitionen in die Solarenergie. Photovoltaikanlagen beispielsweise könnten auf städtischen Flächen errichtet werden. Auch kommunale Windkraftanlagen könnten einen Beitrag leisten. Investitionen vor Ort, die den Bürgern und der Umwelt zu Gute kämen.

Auch im sozialen Bereich werden finanzielle Spielräume, die durchaus gegeben sind, nicht genutzt. Wir haben die Ressourcen um Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen, deutlich zu entlasten. Wohlgemerkt in Emmerich werden die höchsten Elternbeiträge im Kreis Kleve erhoben und es braucht keine 10 Millionen Euro, um die Betreuungskosten in den Kindertageseinrichtungen attraktiv zu gestalten. Auch beim Stadtsportbund gibt es einen Investitionsbedarf. 20.000 Euro wurden beantragt und man muss sagen leider eben auch vom Rat abgelehnt. Unverständlich, denn ein gutes vielfältiges Sportangebot hilft gerade gefährdeten Kindern und Jugendlichen.

Letztlich sei noch ein Punkt genannt, die Sozialbestattungen in Emmerich. Schleichend, fast vollkommen unbemerkt wurde hier der Rotstift angesetzt und die Kosten für mittellose Bürger auf ein ethisch nicht mehr zu vertretendes Mindestmaß begrenzt. Zukünftig muss hier nachgebessert werden, damit mittellose Bürger nicht einfach aus unserer Stadt verschwinden. Die hierzu notwendigen Mittel sind schlicht eine Investition in die Menschenwürde. Eine Investition, die der Stadt Emmerich gut zu Gesicht stände.

Abschließend lässt sich festhalten, dass wir einen soliden Haushalt für Jahr 2019 aufweisen können. Die ausgewiesenen Investitionen leiden jedoch, wie auch in den vergangenen Jahren, unter einem einseitigen Schwerpunkt. Nicht nur Banken, Innenstadtentwicklung und Prestigeobjekte, welche zweistellige Finanzsummen langfristig binden, sind wichtig, sondern eben auch Investitionen in den Umweltschutz und in die soziale Infrastruktur unserer Stadt.

Aus diesem Grund lehnt die Fraktion Embrica den Haushaltsentwurf 2019 ab. Ich bedanke mich, für Ihre Aufmerksamkeit.“

Fraktionsvorsitzender der UWE-Fraktion, Herr Gerd-.Wilhelm Bartels:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinze, Sehr geehrter Herr Dr. Wachs, meine sehr geschätzten Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und nicht zuletzt die interessierten Emmericher Bürgerinnen und Bürger,

wissen Sie was in jedem Jahr am 31.10. ist?

Vermutlich wissen Sie es nicht auf Anhieb, daher werde ich Ihnen helfen, am 31.10 ist „Weltspartag“.

Ich erinnere mich noch genau, wie gespannt ich war, wenn mein Sparschwein aufgeschlossen wurde und der Inhalt gezählt wurde, um anschließend auf mein Sparkonto verbucht zu werden. Ich war dann immer sehr stolz, wieviel doch im Laufe eines Jahres zusammengekommen war.

Und genau diesen Stolz werden weder der Kämmerer noch die Verwaltungsspitze und auch nicht die ausgabenfreundlichen Kollegen der großen Emmericher Ratsfraktionen jemals verspüren, denn wie könnte das auch sein, wenn man noch nicht einmal einen Gedanken an das Sparen verschwendet, sondern sich vielmehr auf große Ausgaben ohne vorhandenes Sparschwein spezialisiert hat.

Noch vor wenigen Jahren war Emmerich am Rhein eine Kommune mit einem überschaubaren Schuldenstand von gerade einmal 13 Millionen Euro, was pro Kopf der Emmericher Bevölkerung in etwa 420 Euro ausmachte.

Aber schon bald wird der Schuldenstand auf ca. 52 Millionen Euro angewachsen sein, was dann bereits etwa 1.675 Euro pro Einwohner ausmachen wird.

Ich erinnere nochmal an die wichtigsten Meilensteine der aktuell grassierenden „Das Geld muss raus Krankheit“.

12.180.000 Euro zur Aufhübschung der Sparkasse im Rahmen der Fusion. Leider war die Braut aber trotz dieser üppigen „Make-up-Schicht“ offensichtlich immer noch nicht hübsch genug, um uns in vollem Umfang erhalten zu bleiben.

Meine persönlich schlechteste Entscheidung die ich je an diesem Ratstisch mitgetragen habe.

10.000.000 Euro für das „Sondervermögen Innenstadt“. Hier liegt der Fehler ja schon in der Definition „Vermögen“, impliziert sie doch, dass wir unserem Vermögen nur mal so 10 Millionen Euro entnehmen könnten, um die Innenstadt zu stärken. Nur kurz zur Erinnerung: wir haben keinen Sparstrumpf mit Inhalt, wir müssen uns diese Summe schlicht am Kapitalmarkt leihen. Daher ist die Wortwahl „Sondervermögen“ auch sehr sportlich gewählt und daher nicht allzu ernst zu nehmen. Hinzukommt, dass wir dieses Geld zuerst „ausloben“ und uns erst danach mit einer Konzeption zur Verwendung beschäftigen. Ich kenne das anders, nämlich getreu dem Spruch „Das Geld folgt den Ideen“. Exakt diesen Umstand habe ich zwar bereits in unserer letzten HH-Rede angeprangert, aber genutzt hat es offensichtlich nichts.

Bedenklich auch, dass jetzt auf Betreiben der großen Ratsfraktionen und des Bürgermeisters ein personell klein gehaltener Beirat implantiert wurde, der in seiner Zusammensetzung die Hälfte der an diesem Ratstisch sitzenden Fraktionen schlicht und ergreifend nicht berücksichtigt.

Das ist „Hinterzimmerpolitik“ ohne die notwendige Transparenz und daher abzulehnen.

4.600.000 Euro für das Parkdeck am „Kleinen Wall“. Hier sollen ca. 280 Parkplät-

ze geschaffen werden, aber diese Ausgabe wurde niemals wirtschaftlich begründet und sie wird daher auf immer ein dickes Zuschussgeschäft bleiben. Ob also die Antragsteller ihren Wählern damit auf Sicht einen Gefallen getan haben, oder ob sie ihnen vielmehr ein „dickes Ei“ ins Nest gelegt haben, bleibt also abzuwarten. Wir glauben jedenfalls nicht an selbsterfüllende Prophezeiungen dieser Art.

1.200.000 Euro für die Revitalisierung des „Geistmarktes“, ohne zu berücksichtigen das wir in Emmerich keine „historische“ Marktplatzsituation wie z.B. in Kalkar haben, wo es eine tolle „Verweilqualität“ gibt, die wir am Geistmarkt niemals erreichen werden, da wir ja nur wenige hundert Meter entfernt unsere Promenade als „Premium Projekt“ platziert haben, wodurch der Geistmarkt auf immer zweite Wahl bleiben wird.

23 Millionen (oder vielleicht mehr?) sind für die Gesamtschule zwar eine grundsätzlich sehr zu begrüßende Ausgabe, geht es doch um die Bildung unserer Kinder, aber warum nur haben wir in der UWE-Fraktion das unbestimmte Gefühl, dass es am Ende nicht bei dieser Summe bleiben wird.

Wenngleich wir es durchaus für notwendig erachten in unsere Stadt zu investieren, so scheint uns zu manchen Projekten der berühmte rote Faden abhandengekommen zu sein, denn allzu locker wird hier mit sehr großen Beträgen umgegangen. So gehört es nach unserer Meinung unbedingt dazu, nicht nur den Bereich der Investitionen, sondern alle Bereiche der Verwaltung mit einem für uns nicht umfassend feststellbaren finanztechnischen Controlling zu versehen. Trotz absolut korrekter und ordentlicher Arbeit des FB 2, sehen wir hier durchaus Optimierungsbedarf.

Was uns ebenfalls große Sorgen bereitet, ist die in letzter Zeit sowohl vom Bürgermeister wie auch unserem Ersten Beigeordneten getätigte Aussage, die Politik möge sich doch bitte überlegen, welche Anträge sie auf den Weg bringt, da die personellen Ressourcen ausgereizt seien und neue Anträge automatisch bedingen, dass andere Aufgaben zur Seite gelegt werden müssten. Das ist gefühlt das Ende der demokratischen Grundregeln und ist daher auch vollkommen inakzeptabel.

Vor allem gefällt es uns nicht, dass diese „Aktivitätsbremse“ kommt, obwohl seit Jahren vielfach Aufgaben der Verwaltung immer öfter und in immer größerem Umfang „outgesourct“ werden und trotzdem die ständige Überlastung der personellen Kapazitäten angemerkt wird.

Gleichzeitig wehrt sich aber die Verwaltungsspitze vehement gegen den durchaus sinnigen Plan der BGE, die Stelle eines Fördermittelmanagers einzurichten. Hierzu fehlt uns offen gestanden das Verständnis.

Ein weiterer, für unsere Fraktion nach wie vor nicht ausreichend erläuterter Punkt, ist die für uns skurril anmutende Beschaffungspraxis im Bereich des Medienentwicklungsplans. Hier bedienen wir uns ja offensichtlich der Hilfe des KRZN, über das wir verpflichtet wurden „zentral“ einzukaufen. So weit so gut, aber in der Praxis sieht das so aus, dass die Schulen ihre Anforderungsliste an die IT-Abteilung schicken und diese prüft und leitet dann an das KRZN weiter und die Beschaffung wird vorgenommen, leider ohne Garantie, dass auch die Geräte ankommen, die man sich ausgesucht hatte. Es kann auch schon mal was anderes werden und vielleicht kostet es tatsächlich auch etwas mehr, als man gedacht hat. Wissen tun wir es auch nicht immer so genau. Das mutet ein wenig wie eine „Wundertüte“ an und hat daher mit moderner Warenbeschaffung unserer Meinung nach, nicht allzu viel zu tun.

Insofern ist möglicherweise das KRZN in seiner Arbeitsweise nicht der Weisheit

letzter Schluss.

Aber abschließend möchte ich bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, dass Emmerich ja nicht zuletzt aufgrund der Steuerkraft seiner Bürger und der beheimateten Unternehmen, sich in einer ähnlichen finanziellen Lage befindet wie das im Bund der Fall ist.

Seit Jahren fließen die Steuereinnahmen sehr üppig und dennoch gelingt im Bund nie den Schuldenstand auch nur in bescheidenem Umfang zu senken. In Emmerich wird zwar ein Überschuss erwirtschaftet, aber gleichzeitig wird durch die vorbeschriebenen Maßnahmen der Schuldenstand in neue, ungeahnte Höhen geschraubt. Dennoch haben die politischen Mitbewerber hier am Tisch einen „Wunschzettel“ von hier bis „Auermühlbach“, wobei jegliche Form von Sparbemühungen konsequent ausgeblendet wird.

Finanzielle Verantwortung sieht nach unserer Meinung anders aus und müsste folglich auch anders von den Kollegen am Tisch gelebt werden.

Es wundert Sie daher sicherlich nicht, dass die UWE–Ratsfraktion den vorgelegten Haushaltsentwurf ablehnen wird, allerdings nicht ohne sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Endgültig schließen möchte ich aber mit einem Zitat des Deutschen Physikers, Georg-Christoph Lichtenberg der im Zeitalter der Aufklärung schrieb: „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“ Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Vorsitzende stellt nun den CDU-Antrag zur Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen im Fachbereich 5 zur Abstimmung. Die Erläuterung hierzu ist in der Vorlage auf den Seiten 8 und 9 abgebildet.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die Schaffung von zwei zusätzlichen Stellen im Fachbereich 5.

Stimmen dafür 28 Stimmen dagegen 4 Enthaltungen 0

Erster Beigeordneter Dr. Wachs gibt noch eine kurze Erläuterung zum Thema Planungs- und Baukosten Lange Straße und bezieht sich dabei auf die schriftlichen Erläuterungen, die die Mitglieder des Rates am 22.02.2019 erhalten haben. Die Verwaltung habe aufgrund dieser Sachlage, den, in den Erläuterungen niedergelegten Beschlussvorschlag, erarbeitet.

Mitglied Brouwer erklärt für die CDU-Fraktion, dass sie deutlich Klärungsbedarf sehen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW. Sie sehen es ökologisch als auch ökonomisch weiter sinnvoll an, diese Straßenverbindung zu schaffen und der Synergieeffekt dränge sich auf, dieses mit dem Deichbau zu vollziehen. Nicht nachvollziehbar sei, warum Straßen NRW dort eine Autobahnzufahrt machen zu wollen.

Seine Fraktion stellt den Antrag, den Haushaltsansatz zu belassen und den Deichverband zu beauftragen, den Unterbau so herzurichten, dass dort später eine Asphaltierung bzw. Pkw-Zufahrt möglich sei.

Es sei nicht erforderlich hier eine Lkw-Befahrung zuzulassen, der Lkw-Verkehr

könne über die Pionierstraße abgewickelt werden. Der Haushaltsansatz, der hierfür festgesetzt werden müsse, belaufe sich höchstens auf 200.000 €. Auch sei seiner Meinung nach nicht nötig, dass Ausweichbuchten eingebaut würden, ein Begegnungsverkehr sei auch ohne diese Buchten möglich. Eine Anbindung an die Landesstraße könne in zwei bis drei Jahren mit dem Landesbetrieb Straßenbau abgeklärt werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs macht deutlich, dass, wenn dieses Projekt so fortschreitet wie es avisiert sei, gewisse Risiken mit sich bringe, die sich insbesondere von Seiten des Landesbetriebs Straßen oder auch auf die Grundstückssituation beziehen. Auf die von Mitglied Brouwer angesprochenen Straßen wie Pionierstraße u. a., seien auch dem Landesbetrieb angesprochen worden. Seit 2012 gäbe es jedoch entsprechende Ausbaurichtlinien, die zu berücksichtigen seien.

Mitglied Leyboldt unterstützt im Namen seiner Fraktion den CDU-Antrag, die Lange Straße auszubauen; auch sie halten den Ausbau ökologisch wie auch ökonomisch für sinnvoll. Hier müsse auch die Entwicklung der Ortsteile berücksichtigt werden, durch den Ausbau würde der Ortsteil Vrsasselt entlastet werden.

Mitglied Schaffeld äußert im Namen ihrer Fraktion Bedenken, mit diesen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten heute einen dahingehenden Beschluss zu fassen und dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen.

Die Mitglieder Brouwer und Leyboldt machen nochmals deutlich, dass heute nur eine Option geschaffen werde, um später einen Ausbau durchzuführen. Über die genaue Planung könne dann zu gegebener Zeit beraten werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Beschlussvorschlag der Verwaltung zu beschließen, abstimmen

Beschlussvorschlag

Die Zustimmung zu der in der Veränderungsliste ausgewiesenen VE in Höhe von 435.000 Euro wird nicht zu erteilt; auch die Ausgabe in gleicher Höhe im Haushalt 2020 wird nicht vorgesehen.

Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 28 Enthaltungen 0

Somit ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt und der Vorsitzende lässt über den von Mitglied Brouwer gestellten Antrag abschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, den Haushaltsansatz zu belassen und den Deichverband zu beauftragen, den Unterbau so herzurichten, dass dort später eine Asphaltierung bzw. Pkw-Befahrung möglich sei

Stimmen dafür 26 Stimmen dagegen 5 Enthaltungen 1

Nachdem keine weiteren Zusatzbeschlüsse mehr gefasst werden müssen, lässt der Vorsitzende über den Gesamthaushalt mit Stellenplan, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2019 mit Haushaltsplan und Anlagen:

**Haushaltssatzung
der Stadt Emmerich am Rhein
für das Haushaltsjahr 2019**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom 26.02.2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	75.781.125 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	77.398.949 EUR
im Finanzplan mit dem	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	71.423.966 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	71.763.890 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	9.225.290 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	24.605.276 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	10.694.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.950.552 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf
festgesetzt. 10.694.000 EUR

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 16.764.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 1.617.824 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind durch die Hebesatzsatzung vom 17.12.2014 in der Fassung der 1. Nachtragssatzung vom 19.12.2018 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 250 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 443 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 425 v.H. |

§ 7

entfällt

§ 8

Der Kämmerer entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ab 50.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 83 Abs. 2 GO NRW. Kalkulatorische Kosten, Rückstellungen, Innere Verrechnungen, bilanzielle Abschreibungen sowie außer- und überplanmäßige Tilgungen nebst Vorfälligkeitsentschädigungen und Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt und gelten unabhängig von ihrer Höhe als genehmigt.

Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR festgesetzt.

Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 3 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 EUR gelten gem. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 83 Abs. 2 GO NRW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

Die Grenze der wesentlichen Investitionen gem. § 14 Abs. 1 GemHVO NRW wird auf 30.000 EUR festgesetzt.

§ 9

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2019

Stimmen dafür 22 Stimmen dagegen 10 Enthaltungen 0

33. Mitteilungen und Anfragen

33.1. Gespräch mit der Deutschen Bahn AG; hier: Mitteilung des Vorsitzenden

Der Vorsitzende teilt mit, dass am 05.03.2019 ein Gespräch mit der Deutschen Bahn AG, in dem verschiedene Punkte, u. a. die Barrierefreiheit des Bahnhofs angesprochen werde, stattfinden würde.

33.2. Sitzungsfolge Schulplanungskommission und Schulausschuss; hier: Mitteilung des Vorsitzenden

Weiterhin teilt der Vorsitzende nachfolgende Sitzungsabfolge, die auch im Schulausschuss schon bekanntgegeben wurde, mit:

AG Schule	12.03.2019
Schulplanungskommission	19.03.2019
Schulausschuss	21.03.2019
Ausschuss für Stadtentwicklung	27.04.2019 und am
Schulausschuss	10.04.2019.

33.3. Sachstandsbericht Neumarkt; hier: Mitteilung des Vorsitzenden

Zum Thema Neumarkt teilt der Vorsitzende mit, das am 21.02.2019 ein Gespräch mit dem Investor stattgefunden habe. Dieser habe den neuen Projektleiter vorgestellt. Der Verwaltung wurde ein überarbeiteter Bauzeitenplan vorgelegt. Die Arbeiten am Neumarkt werden im März fortgesetzt. Er erläutert kurz die anstehenden Arbeiten. Das nächste Gespräch findet am 11.03.2019 statt.

Mitglied Sigmund bittet den Bauzeitenplan den Fraktionen zuzuleiten.

Die Verwaltung sagt dies zu.

**33.4. Tagesordnung im Ratsinformationssystem;
hier: Anfrage von Mitglied Bartels**

Mitglied Bartes fragt nach, warum die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils der Ratssitzung nicht im Ratsinformationssystem für Bürger einsehbar sei. Frau Lebbing erläutert Herrn Bartels die Einsichtnahme des Ratsinformationssystems in der Sitzungspause.

**33.5. Rettungswache;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies**

Auf Nachfrage von Mitglied Kukulies erläutert die Verwaltung kurz den Sachstand zur Rettungswache.

**33.6. Umbau Barrierefreiheit Theater;
hier: Anfrage von Mitglied Leypoldt**

Anmerkung der Verwaltung:

Aktuell werde das Brandschutzkonzept überarbeitet und im Herbst diesen Jahres werde mit den Arbeiten zum Umbau begonnen.

**33.7. Rodungsarbeiten Stokkumer Brück/A 3;
hier: Anfrage von Mitglied Gerritschen**

Mitglied Gerritschen spricht die Rodungsarbeiten im Bereich Stokkumer Brücke/A 3 an und fragt nach, ob es in dem Zusammenhang Überlegungen gebe, die Biotop-Vernetzung Montferland voranzutreiben, um diese Brücke auch für Nieder- und Hochwild nutzen zu können.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt hierzu mit, dass dies im Sinne des Okoducts Bergerbos abgehandelt werde, dieses jedoch nicht mit dieser Brückenerüchtigung in Verbindung stehe.

**33.8. Provisorischer Bahnhofpunkt in Elten;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies**

Auf Nachfrage von Mitglied Kukulies teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass seitens der NIAG und auch von niederländischer Seite Interesse bestehe, die Bushaltepunkte in der Nähe des zukünftigen Haltepunktes einzurichten. Bezüglich der Stellplätze sei die Verwaltung in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG. Eine Realisierung der Fahrradabstellplätze sei auf gemeindeeigenem Grundstück gegenüber der Gaststätte Fink geplant. Die Möglichkeit einer Nutzung der niederländischen Chipcard würde derzeit geprüft.

Eine Planansicht wird den Mitgliedern nach Fertigstellung ausgehändigt.

**33.9. Römerpark und Outlet-Center in den Niederlanden;
hier: Anfrage von Mitglied Tepsaß**

Mitglied Tepsaß fragt nach, ob die Verwaltung zu der Planung des Römerparks in den Niederlanden in der nächsten Ratssitzung berichten könne.
Mitglied Jansen sagt zu, sich bei den niederländischen Kollegen zu erkundigen.

Auf Nachfrage teilt der Vorsitzende mit, dass das Outlet-Center in Zevenaar im Jahre 2020 eröffnet werden solle.

34. Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen keine vor.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:00 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 6. März 2019

Peter Hinze
Vorsitzender

Marita Evers
Schriftführerin